

# Arbeiter-Zeitung

Preis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 15 Pf.  
Durch die Post bezogen monatlich 2,50 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk.  
Kriegspreis: Die gefaltete Zeitung über deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsbeleg 6 Pf., Kollagepreis: Die dreifache Zeitung über deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 560 39. Postfach 544. Redaktion: Breslau, Kreuzberger Straße 50, Telefon 288 37. Sprechzeit der Redaktion: von 12-13, Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gletwit, Wilhelmstraße 26, Telefon 1066, Gdeltz, Sunitz 6, Telefon 2584. Geschäftszeit von 8-18 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Ed. G. Göttsche & Co., m. b. H., Breslau. — Druck: „Reubner“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberger Str. 50.

## Keine Gentung der Lohnsteuer!

### Sozialdemokratisches Verwirrungsmanöver zur Täuschung der Arbeiter

(Fig. Ver.) Berlin, 12. Juli.

„Die Lohnsteuer wird gesenkt“, ruft wieder einmal die SPD.-Presse. Sie redet sogar von einer „Eintigung der Regierungsparteien“. Wie diese Eintigung über die Lohnsteuerentung aussieht, zeigte das Ergebnis der heutigen Sitzung des Steueraussschusses des Reichstages. Hier wurde von den Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum ein gemeinsamer Antrag vorgelegt, wonach der in der gegenwärtigen Höhe von 15 Prozent bzw. 2 Mark monatlich erfolgende Abzug vom Steuerbetrag auf 25 Prozent bzw. 3 Mark monatlich erhöht werden soll. Unter diese Ermäßigung würden Einkommen bis zu 15 000 Mark jährlich fallen. Die Neuregelung soll erst ab 1. Oktober in Kraft treten.

Diesem Antrag, der höchstens nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, will die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei ihre Zustimmung versagen. Der Antrag zeigt deutlich,

daß die großen Versprechungen der sozialdemokratischen Presse während des Koalitionsstreiches — man sprach doch von der Herabsetzung des 10prozentigen Abzuges auf 8 Prozent. — nichts anderes als Mandver waren. Selbst ein Arbeiter, der, wenn wir auch eine fiktive Lohnhöhe zur Grundlage nehmen, 75 Mark Wochenlohn erhält, würde also ab 1. Oktober statt circa 4,50 Mark circa 4,25 Mark bezahlen. Nach den Hilferdingischen Versprechungen aber würde er weit weniger Lohnsteuer bezahlen müssen.

Bei der Beratung des Steueraussschusses über den kommunistischen Antrag auf Senkung der Lohnsteuer (bei einem Einkommen unter 5000 Mark monatlich sollen 1200 Mark freigelassen werden) bewies der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, daß er eher bereit sei, die geringen kapitalbelastenden Steuern weiter herabzusetzen, als den Antrag der Regierungsparteien irgendetwas im Interesse der Gehalts- und Lohnempfänger abzuändern. Er erklärte den kommunistischen Antrag für nicht diskutabel.

### Noch heute bestellen

müssen alle Ortsgruppen  
unsere **Wochenausgabe**

die in Wort und Bild den  
**Wiener Barrikadentämpfen.**

die sich am 15. Juli jähren,  
gewidmet sein wird.

Aus dem Inhalt: Am Jahrestag des Wiener Juliauflandes. — Illustrationen. — Den Kommunisten. Gedicht von Asimil Schlimmer. — Auslands-Wochenschau. — Laskalle — Der erste Regierungsjournalist. Von Dr. Hermann Duncker.

## Unter dem Druck der Massen

### Annahme der Amnestievorlage im Rechtsausschuß — Verschlechterung durch die Sozialdemokraten

(Fig. Ver.) Berlin, 12. Juli.

Der Rechtsausschuß des Reichstages hat gestern gegen die Stimme des Vertreters der Bayerischen Volkspartei die Amnestie nach den Vorschlägen der Regierungsparteien angenommen. Diese Vorschläge bedeuten gegenüber den kommunistischen Anträgen eine Verschlechterung und Verschandelung der Amnestie zugunsten der proletarischen Gefangenen. Zum Beweis genügt die Gegenüberstellung der wichtigsten Anträge.

Der kommunistische Amnestieantrag fordert die Straffreiheit für die politischen Gefangenen unter Ausschluß der Fememörder. Der Antrag der Regierungsparteien fordert die Amnestierung der politischen Gefangenen unter Ausschluß aller derer, die ein Verbrechen gegen das Leben begangen haben.

Der kommunistische Antrag fordert die Begnadigung aller durch die Kriegsgesetze, Standgerichte und sonstigen außerordentlichen Gerichte oder die an deren Stelle getretenen Gerichte Verurteilten schlechthin.

Der Antrag der Regierungsparteien beschränkt die Begnadigungen aus den Kriegsgesetzen auf solche, die bis zum 1. Oktober 1920 rechtskräftig geworden sind.

Der kommunistische Antrag fordert die Straffreiheit für Delikte, die aus sozialer Notlage begangen sind.

Der Antrag der Regierungsparteien verflüchtigt diese Straffreiheit in eine an die Länderregierungen gerichtete Resolution, die Begnadigung wegen solcher Strafen möglichst weitherzig zu handhaben.

In allen entscheidenden Punkten haben die Sozialdemokraten den Forderungen ihrer Koalitionsbrüder nachgegeben. Sie, die unter dem Vorwand, daß die Fememörder nicht begnadigt werden dürften, im letzten Reichstag vor vier Monaten die Amnestie haben scheitern lassen, nach der Hoelz und Margies den Rest ihrer Strafe auf 7½ Jahre und ein Drittel der verhängten zeitigen Jugendstrafen in Festung umgewandelt erhalten hätten, haben die Begnadigung der Fememörder diesmal geschluckt. Der Preis, den sie dafür gezahlt haben, ist der, daß nunmehr Max Hoelz den Rest seiner Strafe statt in der Festung im Gefängnis verbüßen muß, daß Margies, statt im ganzen nur 5 Jahre festgehalten zu werden, nun 7½ Jahre abhängen muß, von denen der Rest statt in der Festung, gleichfalls im Gefängnis verbüßt werden muß.

Die Sozialdemokraten haben der Begnadigung der Fememörder zugestimmt, die Verschlechterung der Amnestie für die proletarischen Gefangenen dafür in Kauf gegeben. So haben sie ihr Versprechen, daß sie nach den Wahlen eine bessere Amnestie ohne Freilassung der Fememörder durchsetzen würden, eingelöst (Auch der „Inke“ Dr. Edstein in Breslau versprach den Arbeitern eine bessere Amnestie; Herr Dr. Edstein, Sie haben jetzt das Wort. Die Red.)

In der Verhandlung im Rechtsausschuß haben die Sozialdemokraten sich zunächst überhaupt von der Diskussion drücken wollen.

Erst als die Genossen Alexander und Stoeder die mit Hilfe der sozialdemokratischen Regierungspartei bewirkte Verschlechterung der Amnestie zugunsten der proletarischen Gefangenen feststellten, als sie feststellten, daß außer Hoelz und Margies noch zahlreiche Arbeiter wegen angeblicher Verbrechen gegen das Leben in den Gefängnissen der Hindenburg-Republik bleiben müssen, erhob sich Rosenfeld, um in einigen Worten schließlich doch zuzugeben, daß diese Feststellung der kommunistischen Redner zutrifft. Von dem Fallentlassen der sozialen Delikte durch die Regierungsparteien (schwie Rosenfeld überhaupt, obwohl Landberg bei der ersten Beratung dieses Amnestiegesetzes im neuen Reichstag den Kommunisten vorgeworfen hatte, sie hätten die Amnestie für die sozialen Delikte verweigert, und gerade sie, die Sozialdemokraten, würden mit allem Nachdruck für diese Amnestie sich einsetzen. Vier Wochen Kuhhandel mit den bürgerlichen Regierungsparteien haben aber genügt, um die Sozialdemokraten dem Diktat des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gefügig zu machen.

Bleibt die Ausnahme von der Amnestie wegen der Straftaten gegen das Leben. Die kommunistischen Vertreter im Ausschuß stellten wiederholt an die Regierungsvertreter die Frage, inwieweit mit dieser Ausnahme die Strafverfolgung gegen die Zentrale der SPD. getroffen würde. Ausweichende, absichtlich unklar gelassene Erklärungen waren die Antwort sowohl des demokratischen Justizministers Koch, wie des eigentlichen Leiters der Reichsjustiz, des Staatssekretärs Joel. Der alte Zentrale-Prozeß, so erklärten sie, falle unter die Amnestie, soweit aber einzelne Zentrale-Mitglieder eines Verbrechens gegen das Leben beschuldigt würden, gilt die Ausnahme von der Amnestie. Obwohl sofort von den Genossen Alexander und Stoeder darauf erwidert wurde, daß es danach der vollkommenen Willkür der über die Amnestie zu entscheidenden Gerichte anheimgestellt sei, ob sie durch eine Ausdehnung der Untersuchung die Amnestie für die Zentrale-Mitglieder ausschließen wollten, blieben Koch und Joel bei ihrer Erklärung.

Der Sinn ist klar. Man denkt nicht daran, den Zentrale-Prozeß wirklich durchzuführen. Denn eine Durchführung des Prozesses würde die konterrevolutionären Rüstungen des Jahres 1923 in Oberschlesien, in Bayern, überall in Deutschland, vor aller Welt bloßstellen. Man will aber die Mitglieder der Zentrale

unter der Drohung der Strafverfolgung halten,

um sie jetzt noch, nachdem Jahr um Jahr seit ihren angeblichen Straftaten verfloßen sind, weiter in die Illegalität und ins Exil zu jagen. Eine hinterhältige und heimtückische Falle ist in dieser Ausnahmebestimmung gegen die Führung der kommunistischen Partei konstruiert worden. Obwohl jedes Kind weiß, daß die Anklagen und Verfolgungen in jenen Prozessen gegen die Angeklagten nur in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der SPD-Zentrale erhoben worden sind, obwohl niemand bestreiten kann, daß dem Zentrale-Prozeß rein politische Straftaten zugrundegelegt werden, soll diese Ausnahmebestimmung die angeführ-

digten Zentrale-Mitglieder als rein kriminelle Täter infamieren.

Demgegenüber werden die Fememörder, diese kleinen Werkzeuge der Ebert, Seebering, Seadt und Spieder, die heimtückisch vorbereitete Morde begangen haben, zu 7½ Jahren Gefängnis begnadigt.

Die Durchlöcherung der Amnestie zugunsten der proletarischen Gefangenen liegt offenkundig zutage. Noch ein Wort zu dem Verhalten Preußens. Die von Sozialdemokraten geführte Preußische Regierung machte bis zum letzten Augenblick Schwierigkeiten gegen die Ausdehnung der Amnestie auf die Länder. Der Sozialdemokrat Braun sieht sich als kleiner Heydebrand und bemüht sich mit Erfolg, ihn noch zu übertreffen. Gegen den Widerspruch Preußens, das ihn im Ausschuß bezeichnenderweise durch die Stimme des bayerischen Vertreters geltend machte, wurde die Amnestie auf die Länder ausgedehnt.

Diese Amnestie ist trotz ihrer Verschlechterung nur unter dem Druck der proletarischen Massen zustande gekommen. Das wurde klar durch die Einwendungen, die die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Ausschuß gegen sie machten. Sie haben sich nur gefürchtet, weil der Druck der Arbeiterschaft immer stärker wurde. Der Vorsitzende Kahl beklagte sich, daß man ihn sogar nachts durch Telegramme und Gilbrieße, die gegen die Verschlechterung und Verschandelung der Amnestie protestierten, aus dem Bett geholt habe.

Das Ergebnis der Amnestieverhandlungen zeigt, daß Amnestiefragen Klassenfragen sind, daß nur durch die Tatkraft der arbeitenden Massen selbst die Gefangenen des Proletariats aus den Gefängnissen befreit werden können.

Der Kampf um die Amnestie ist nicht zu Ende, so wenig wie die Klassenjustiz zu Ende ist. Noch bleiben trotz der Amnestie zahlreiche politische Gefangene im Gefängnis. Noch gehen die Verfolgungen der Lorenz-Justiz gegen die Zentrale-Mitglieder weiter. Noch werden tagtäglich neue Klassenurteile gegen Proletarier gefällt.

Die Amnestie selbst, die angeblich der Klassenversöhnung dienen soll, fordert zu neuer Klassenjustiz auf, denn sie beschränkt die Straffreiheit auf die Taten, die bis zum 31. Dezember 1927 begangen worden sind. Der Antrag der Kommunisten, die Gültigkeit der Amnestie bis zum 1. Juni 1928 auszudehnen, wurde mit sozialdemokratischer Hilfe abgelehnt, wie denn überhaupt die Sozialdemokraten gegen alle Abänderungsanträge der Kommunisten zum Entwurf der Regierungsparteien-Anträge im Sinne der kommunistischen Forderungen, gestimmt haben.

Die Amnestie ist angenommen. Der Kampf um eine Vollamnestie zugunsten der proletarischen Gefangenen geht weiter. Der Kampf um die volle Anwendung der durchlöcherter Amnestie beginnt. Ein Antrag der Kommunisten auf Einsetzung eines Amnestieausschusses, der gegen die willkürliche Auslegung der Amnestie durch die Gerichte eingreifen hätte, wurde abgelehnt.

So müssen die Proletarier, die bisher durch ihre Klassenbewegung dafür gesorgt haben, daß wenigstens zum Teil ihre Klassenbrüder frei werden, durch die Einsetzung aller ihrer Kraft erreichen, daß auch die, die noch in den Gefängnissen schmachten, bald in die Klassenfront der kämpfenden Arbeiterklasse zurückgeführt werden können.

# Die Krifenflurche im Reichstag

(Fig. Ber.) Berlin, 12. Juli.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung protestierte Genosse Dr. Alexander bei der ersten Beratung über den Entwurf eines Strafgesetzbuches dagegen, daß dieser Entwurf die Richterwürde erniedere und die Straffurteil verschärfe. Der Gesetzentwurf wurde einem besonderen Strafrechtsausschuß überwiesen.

Es folgte dann die Beratung einer Novelle zum Viehsteuergesetz, ferner wurde der deutsch-amerikanische Handels- und Schiffsvertragsvertrag an den Handelspolitischen Ausschuß überwiesen. Das Haus beschäftigte sich dann mit der Krifenflurche. Genosse Kappel beleuchtete an der Hand eines beweiskräftigen Materials den Beitrag der Sozialdemokratie an den Arbeitslosen. Von Lohngruppen und Löhnen unterbrochen, wußte er den Ausschluß und Konfession der schmutzigen Kräfte und wies überzeugend nach, daß die Sozialdemokratie gegen ihre eigenen Anträge, die sie vor den Wahlen aus Nationalitätsgründen gestellt haben, stimmte. (Die Rede des Genossen Kappel werden wir morgen veröffentlichen.) Die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit lehnte alle von den Kommunisten im Interesse der Erwerbslosen gestellten Forderungen ab. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht die „Lohnsteuer-Entscheidung“, die Amnestie sowie kleinere Vorlagen.

# Preußen-Landtag geht in Ferien

Berlin, 12. Juli.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen beschäftigte sich die gestrige Landtagssitzung mit den Ausschlußanträgen über Festschließungen und Bergarbeiterentlassungen. Genosse Schubert lenkte die Nationalisierung im Bergbau und ihre Folgen, die erhöhte Unfallziffer. Er zerstörte das verlogene Gerücht von der schlechten Lage des Bergbaues und beleuchtete die Gewinne der Bergwerksgesellschaften. Genosse Schubert forderte Durchführung der Gleitkonditionen im Bergbau. Bei der Abstimmung über diesen Antrag ergab sich die Beschlußfähigkeit des „hohen“ Hauses, dessen Mitglieder die Reise in die Kurstädte wichtiger ist, als das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter. Ein Antrag des Wohnungsausschusses zur Wohnungsnot der Beamten und Staatsbediensteten, der Verwendung von Staatsmitteln zur Förderung des Baues von Beamtenwohnungen verlangt, fand Annahme. Der Landtag vertagte sich dann auf den 20. Oktober. Wir kommen auf die letzten Taten dieses Parlaments noch zurück.

## Vorbereitung der Großen Koalition in Preußen

Im Preussischen Landtag wurde am Dienstag der nach der Geschäftsordnung notwendige zweite Wahlgang zur Wahl des Präsidiums durchgeführt. Bekanntlich wurde im ersten Wahlgang der Genosse Schwent zum dritten Vizepräsidenten gewählt. Bei der Wahl am Dienstag wurde schon vorher bekannt, daß ein Teil der Weimarer Regierungskoalition, der seinerzeit bei der ersten Wahl teilweise für den Genossen Schwent gestimmt hatte, sich auf den Volksparteiler Wiemer als dritten Vizepräsidenten geeinigt hatte. Insbesondere das Zentrum hat zur Vorbereitung der Großen Koalition in Preußen in dieser Richtung gewirkt. So zeigte sich, ebenso wie im Reichstag, daß von dem parlamentarischen Brauch der Verteilung der Präsidentschaft nach der Stärke der Fraktionen diesmal im Interesse der Koalitionspolitik mit der Deutschen Volkspartei abgewichen werden sollte.

Von der Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten wurden Johann Variels von der SPD, Kries von den Deutschnationalen und Porsch vom Zentrum gewählt. Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten kam denn auch prompt der Vorschlag des Abgeordneten Wiemer von der Volkspartei. Für Wiemer stimmten Demokraten, Zentrum, Volksparteiler und Deutschnationalen. Heimann von der SPD hatte zur Abstimmung die Erklärung abgegeben, daß die SPD für Schwent stimmen werde. Der Inhalt der Erklärung war jedoch eine solche Fehde gegen die Kommunisten, daß ihr eigentlicher Sinn ein Wink an die bürgerlichen Koalitionsbrüder war, gegen Schwent und für Wiemer zu stimmen. Die erste Abstimmung brachte 161 Stimmen für Wiemer

und 167 Stimmen für Schwent. Es kam zur Stichwahl, wobei der Volksparteiler Wiemer mit 207 gegen 162 Stimmen des Genossen Schwent gewählt wurde.

# Berliner Metallbruch angenommen

Berlin, 12. Juli. (Fig. Draht.) Die Konferenz der AMM-Funktionäre beschloß mit 459 gegen 439 Stimmen, den für die Berliner Metallindustrie gefällten Vorschlagspruch anzunehmen, trotzdem dieser den Lohnarbeitern keinen Pfennig Lohnzulage, den Akkordarbeitern und den qualifizierten Lohnarbeitern nur Lohn- und Akkordabbau bringt. Ebenso ist für die Akkordarbeiter keinerlei Garantie-Mindestlohn festgelegt. Die Annahme des Vorschlags erfolgte gegen die Massen der Berliner Metallarbeiterschaft, denn in der Geheimabstimmung gab die Masse der Mitglieder der mittleren Verwaltung, die zum großen Teil aus Verbands-, Krankenkassen- und Nachweisanstellungen besteht, die nicht von den Belegschaften gewählt, sondern von der reformistischen Ortsverwaltung als Funktionäre berufen wurden, den Ausschlag. — Die Opposition verlor in einer Resolution die Ablehnung des Schiedspruches und Aufnahme des Kampfes. Mit der obigen geringen Stimmenmehrheit verfiel die Resolution der Ablehnung. Die Unternehmer haben sich zu dem Schiedspruch noch nicht geäußert.

# „Spionenverhaftung“

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: „Ein seit wenigen Wochen bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof tätiger Angestellter wurde unter dem dringenden Verdacht, wissenschaftliche Arbeiten an eine fremde Macht verkauft zu haben, festgenommen. Der Angeklagte, Regierungsbaumeister L., ist verdächtig, auch in früheren Stellungen bei zwei Flugzeugwerken ähnlich gehandelt zu haben.“

Da eine bürgerliche Korrespondenz diese Meldung dahin erläutert, Sowjetrußland habe durch den Verhafteten Flugzeugspionage betrieben, ist die ganze Angelegenheit mit Vorsicht aufzunehmen. Wahrscheinlich steht Rache für den Schachtly-Prozess dahinter.

# Der Schwindel bereits entlarvt

Ein Dementi der Sowjetunion

Berlin, 11. Juli. Die Pressestelle der Volksfront der Sowjetunion teilt mit:

Die in den heutigen Zeitungen erschienene Nachricht, daß der verhaftete Angestellte der Versuchsanstalt für Luftfahrt, der unter dem Verdacht steht, an eine fremde Macht wichtige Dokumente verkauft zu haben, im Interesse der Sowjetunion gehandelt und mit der hiesigen Sowjetvertretung in Verbindung gestanden hätte, entspricht nicht den Tatsachen. Auch die durch ein Wiltagsblatt verbreitete Nachricht, daß die Abberufung des früheren Militärattachés Lunjess unmittelbar mit dieser Affäre in irgendeinem Zusammenhang steht, ist falsch. Vielmehr wurde die Abberufung des Herrn Lunjess den entsprechenden deutschen Behörden bereits Ende Februar mitgeteilt.

# Vom Tage

Nach bisher unbekanntem Meldungen soll auf den jugoslawischen Gebieten in Mikalomitich ein Attentat verübt worden sein.

Als Wahltermin für die Gemeinde-, Kreis- und Provinziallandtagswahlen hat die preussische Regierung den 2. Dezember in Aussicht genommen.

Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, ist die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte amerikanische Note vom 23. Juni über den Abschluß eines internationalen „Paktes zur Achtung des Krieges“ am Mittwochnachmittag dem amerikanischen Botschafter überreicht worden.

# Hungerstreik im Zuchthaus Sonnenburg

(Fig. Bericht) Berlin, 12. Juli.

Die proletarischen politischen Gefangenen im Zuchthaus Sonnenburg sind gestern früh wegen Verschleppung der Amnestie in Hungerstreik getreten.

## Die Malmgreen-Gruppe gefunden?

Moskau, 11. Juli. Wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, entdeckte bei einem Erkundungsgang der russische Flieger Eschuchnow 80 Grad 42 Minuten nördlicher Breite, 25 Grad 45 Minuten östlicher Länge, 20 Meilen östlich von der „Krasin“ die Malmgreen-Gruppe, von der zwei Mann mit Fäknern ankamen und der dritte in liegender Stellung verharrete. Eschuchnow sucht nach einem Landungsplatz.

## „Krasin“ an der Fahrt zu den Malmgreen-Beuten

Il. Rowno, 11. Juli. Nach Meldungen aus Moskau hat der Eisbrecher „Krasin“ seine Fahrt zur Malmgreen-Gruppe aufgenommen. Er will unter allen Umständen versuchen, Malmgreen und seine beiden Leute zu retten.

Der Eisbrecher „Malgin“ muß umkehren. — Il. Rowno, 11. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, muß der Eisbrecher „Malgin“ nach Port Alexander zurückkehren, da seine Kohlenvorräte fast völlig aufgebraucht sind und eine andere Möglichkeit zur Kohlenübernahme nicht besteht.

# Genosse Sirsch zum Verbandstag delegiert

Wie uns soeben aus Schwednitz mitgeteilt wird, ist unser Genosse Sirsch durch die Urwahl zum Verbandstagsdelegierten im Metallarbeiterverband gewählt worden.

## Kleine Nachrichten

Stahlhelm-Röhl wird über dem Grabe Eberls einen Kranz abgeben. — Il. Heidelberg, 11. Juli. Von Frankfurt kommend war Röhl am Mittwoch über dem Grabe Eberls in Heidelberg zwei Kränze mit den schwarzen Goldenen (I) Reichsfarben als Guldigung (I) für den ersten Präsidenten der Republik ab. Röhl flog nach Berlin weiter. Großfeuer im Hamburger Freihafen. — Il. Hamburg, den 11. Juli. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise kam am Mittwoch im Hamburger Freihafen in einem Baumwoll-Lagerschuppen ein Feuer zum Ausbruch, das sich infolge der leicht brennbaren Lagerbestände an Baumwolle und Zute schnell ausbreitete und erst nach drei Stunden gelöscht werden konnte.

Ein französischer Posten in der Pfalz angeschossen. — Landau, 11. Juli. In der vergangenen Nacht kurz nach 23 Uhr wurde der an der ehemaligen Her-Kaserne Posten stehende französische Soldat angeschlossen und durch zwei Schüsse verletzt. Als Täter kommen zwei Radfahrer in Frage.

Pangalos freigelassen. — Il. Paris, 11. Juli. Wie die Morgenblätter melden, wurde General Pangalos in Durchführung der Entscheidung des Ministerrates in der vergangenen Nacht auf freien Fuß gesetzt.

Ein automatisch lenkbares Flugzeug gebaut? — Il. Paris, 11. Juli. Ähnlich wie Dzeanische durch entsprechende Ruppelungen mit automatisch Kompaßrichtungen für die Normalfahrt gesteuert werden können, ist es nach einer Mitteilung des „Petit Journal“ den Ingenieuren Bonch und Derab nach langjährigen Versuchen offenbar gelungen, ein Flugzeug zu bauen, dessen Führung nicht mehr durch menschliche Kraft, sondern durch den sogenannten „Stahlpiloten“ erfolgt. Dieser enthält drei Stabilisatoren, um die Längen-, Seiten- und Richtungsstabilität während des Fluges zu sichern. Die einzelnen Organe werden durch elektrische Motoren geleitet, die durch Druck auf verschiedene Knöpfe ausgelöst werden.

51 Grad in London. — Il. London, 11. Juli. London hatte am Mittwoch mit 51 Grad Fahrenheit (28 Grad Celsius) im Schatten den heißesten Tag in diesem Jahre zu verzeichnen. Die Temperatur in der Sonne betrug gegen Mittag 125 Grad Fahrenheit (51 1/2 Grad Celsius).

# PASSAGIERE DER III. KLASSE Roman von Kurt Klüber

65 In der Zeit schob der Geduckte einige Tische zusammen und stellte einen Stuhl hoch zu einer Rußlandempore. „Gibt es einen Tanz?“ fragte die Französin. „Einen Ball!“ antwortete der Geduckte. Er kletterte hinauf und klemmte sich den Stuhl zwischen die Beine. Die Französin machte große Augen. „Du!“ rief sie durch die Zähne und häupte sich in die Höhe. Dann begann sie sich. „Dazu muß ich mich anziehen“, sagte sie. Sie drehte sich in einem wilden Wirbel bis zur Tür und sprang hinaus. Der Geduckte spielte eine schnelle Melodie. „Das kann ich!“ rief der Schotte. „Es ist ein Negerlied.“ Er kämpfte mit beiden Füßen gegen den Boden und sang. „Jon Henry sagt zu seinem Meister, ein Mensch ist nur ein Mensch, und er ist herbe in dem Dampf, nehme ich lieber den Hammer in die Hand!“ „Das habe ich auch schon gehört!“ sagte der Belgier. „Das größten die schwarzen Brüder in Pittsburg vor den Hochöfen!“ „Und“, rief der Krumme, „in Colorado in den Kohlenruben jangen es die Neger auch!“ „Es ist ein tapferes Lied!“ sagte der Franzose und griff wieder nach seiner Flasche. Der Geduckte lachte. „Die Neger sind überhaupt tapferer Kerle!“ „Schieß er von seiner Höhe.“ „Nicht ock!“ wandte der Krumme ein. „In Colorado gab es immer einige Hundert, die uns bei jedem Streik in den Rücken fielen!“ „Ist auch das in die Reihe gefahren?“ fragte der Geduckte und blinzelte mit den Augen. „Ja die Reihe und in den Verband!“ antwortete der Krumme. „Die Schwarzen sind Arbeiter wie wir, und wenn sie Streikbrecher werden, sind sie Verräter!“ Der Geduckte lachte gütig. „Daß die Schwarzen Arbeiter sind, ist auch aber früher immer erst eingefallen, wenn ihr auf der Straße

lagt. Ich kenne die Schwarzen in Colorado, und es hat mir noch keiner erzählt, daß er auch nur ein einziges Mal von euch wie ein Arbeiter oder wie ein Kamerad behandelt worden wäre.“ Der Schotte nickte und zeigte seine Zähne. „Sie nehmen die Neger ja nicht einmal in ihre Bergarbeiterverbände auf, diese Arbeiter-Gentlemen in Colorado, und wenn ihnen sonst ein Farbiger zu nahe kommt und sie brüderlich in seine Arme schließen will, annähernd sie die Nase und sprühen sogar vor ihm aus!“ „Du!“ jagte der Franzose. „Meine weißen Genossen in Saint Louis und New Orleans lachen das!“ „Und solche Leute sagen dann, sie kämpfen für den Sozialismus!“ juchelte der Däne. „Und für die Freiheit!“ behauptete der Schotte hinterher. „Das ist ein schämmes Kapitel in der amerikanischen Arbeiterbewegung.“ gab der Bebrillte zu. „Anstatt ihrem bedrückten und gepöbelten Bruder Neger zu helfen, haben sie ihn mit erniedrigt. Und die Steine, die sie nach ihm gemorfen haben, sind nicht einmal die kleinsten gewesen!“ Der Geduckte sperrte den Mund auf. „Du tußt ja genau so, als ob die Schwarzen von den weißen Tagelöhnern heute besser behandelt würden!“ jagte er. „So ist es auch!“ antwortete der Amerikaner. „Und es sind nicht nur wir Karthagen und Syndikalisten. Sogar die Kommunisten und einige Sozialisten nehmen sich der Coloredleute an!“ Der Geduckte schlug sich auf die Schenkel. „Alles schon beinahe ein Vierteljahr!“ grüßte er auf. „Du!“ jagte der Lange und stellte sich neben den Bebrillten, „in New York und in Boston, in Washington und in Chicago treten bereits Bürgerliche für den Neger ein.“ Der Geduckte grüßte noch lauter. „Ja!“ jagte er, „Bistiften und verkommene Heilige, die sich hinter der Bibel verstecken und hren geliebten schwarzen Brüdern das himmlische Manna versprechen!“ „Aber!“ Der Geduckte streckte sich hoch. „Sie pfeifen ja gottseidank schon auf den ganzen weißen Schmutz und auf die heiligen Versprechen, ob sie nun vom Arbeiter oder vom Bürger emacht werden, denn sie wissen: der Weiße ist ihr Feind, nichts weiter, und er wird es so lange bleiben, bis er sie genau so behandelt, wie er selber behandelt sein will!“ „Was werden sie aber bis dahin machen?“ fragte der Franzose. Der Geduckte preßte die Lippen zusammen. „Das läßt sich weder jagen noch prophezeien!“ antwortete er. „Die mit mir auf der Landstraße lagen, sprachen zum größten Teil in frommen Versen, wenn sie von sich selber redeten. Wir sind das ausgewählte Volk“ sagten

sie, und wir warten darauf, daß uns Gott einen Moses sendet und uns aus unserem Elend in das verfluchte gelobte Land führt!“ „Es gab aber auch solche, die sich klar waren, daß sie nicht auf den himmlischen Moses warten mußten, und wenn da irgendwo ein richtiger Kerl aufsteht und die andere zum Auszug oder zur Befreiung aufruft, dann werden die tapferen Schwarzen auch ohne den Himmel in ein „gelobtes Land“ kommen!“ Der Lange und der Amerikaner lachten. „Hoffen wir es!“ sagten sie. „Ja! Hoffen wir es!“ rief der Franzose lauter. Sie stiegen alle drei mit den Flaschen an. Es war nun eine Weile still. Die Männer tranken nur und sahen sich dabei groß und lächelnd in die Augen. „Teufel!“ jagte plötzlich der Krumme, und er wandte seinen Kopf nach allen Seiten, „wo stehen eigentlich die Frauen?“ Auch die andere drehten sich um. In den Ecken sah Bloß der Deutsche und gegenüber, an einem Fenster, lehnte der Heilige. „Sie machen sich schön!“ sagte der Geduckte geheimnisvoll. In dem Augenblick wurde die Tür aufgestoßen, und die Frauen traten herein. Zuerst kam die Jüdin. Sie hing in einem langen, gelben Seidenkleid und sah aus wie eine zu große, etwas überreife Zitrone. „Himmel!“ lobte der Schotte und schmalzte mit der Zunge. „Ein bestügelter Elefant!“ Die Französin war hübscher. Über ihren runden Schultern hingen zwei violette Träger, die kurz über ihren Brüsten in einen roten, hängenden Rock überliefen. „Sind wir nicht schön?“ sagte sie und stellte sich knigend vor die Männer. „Sehr schön!“ sagte der Krumme. Er näherte sich und steckte einen Finger zwischen die Lippen. Mit ihm näherten sich der Belgier und der Korrekte. Der Belgier trat zu der Jüdin und sagte sie um die Hüften. „Wollen wir tanzen?“ fragte er sie. „Nein!“ schrie zu gleicher Zeit der Schotte zu dem Geduckten hinauf. Er schmalzte an dem Korrekten und an dem Krummen vorbei, sagte die erstaunte Französin und hob sie in die Höhe. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Vertrieb“ und „Baldenburg“ Wilhelm Kienow für „Breslau“, „Göttingen“ und die übrigen Verlagen Ulrich Althaus, sämtlich in Breslau. — Für den oberen politischen Teil: Leopold Kruel, Göttingen. — Für „Breslau“: E. Göttingen.

# Oberschlesien

## Auf zum Roten Treffen in Oppeln

Am 4. und 5. August 1928 Gantreffen des Roten Frontkämpfer-Bundes Gau Oberschlesien in Oppeln

Der Rote Frontkämpferbund Gau Oberschlesien hält sein diesjähriges Gantreffen in Oppeln ab.

Oppeln, als Regierungsstadt Oberschlesiens, wurde in diesem Jahre der Schauplatz verschiedener faschistischer Aufmärsche und Provokationen. Den Anfang zu diesen Provokationen bildete das Reichsbanner, welches am 6. Mai seine Gantagung unter der Parole „Reichsbanner Intsum!“ durchführte. Diese Parole bedeutet nichts anderes, als den Kampf des Reichsbanners gegen den Roten Frontkämpferbund und gegen die kommunistische Partei, gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterklasse. Die dort herausgegebenen Lehungen und Reden verschiedener Reichsbannerführer zeigen klar den Weg, welchen das Reichsbanner geht. Durch diese Parolen und Kampflosungen der Reichsbannerführung gegen die Rote Front bewiesen sie die Verbundenheit mit den faschistischen Wehr- und Streikbrecherorganisationen, den Stahlhelmern, Landesstützen, Hakenkreuzlern usw., welche die größten Gegner der arbeitenden Bevölkerung sind. Durch diese Verbundenheit mit der Führung des Reichsbanners war es dem Stahlhelm möglich, sein Landbestreben von ganz Schlesien aus in Oppeln durchzuführen. Die Beschimpfungen und Provokationen gegen die gesamte schaffende Bevölkerung durch die Stahlhelmführer, die Ges- und Rachepredigten des katholischen Geistlichen, des Pfarrers Polka in Oppeln, decken sich voll mit den Reden der Reichsbannerführer gegen das Klassenbewußte Proletariat. Hier zeigt sich die Einheitsfront der Sozialfaschisten, wie sie zum Ausdruck kam bei den Geburtstagsunternehmungen für Hindenburg, wie sie sich zeigte beim Empfang der faschistischen Ozeanflieger Hünefeld und Köhl, dieselben Flieger, welche dem Holzpader Wilhelm in Doorn einen Besuch abstatteten.

Während der Stahlhelm unter dem Schutz republikanischer Verbände seinen provokatorischen Aufmarsch in Oppeln durchzuführen konnte, wurde das am gleichen Tage in Oppeln angelegte Untergautreffen des Roten Frontkämpferbundes durch dieselben republikanischen Verbände verboten.

Arbeiter, Massengenossen! Antwortet auf diese Provokationen durch eine starke Beteiligung an unserem Gantreffen! Nehmt Stellung in den Betrieben und entfaltet Delegationen zu diesem Roten Treffen! Kämpft mit uns für die Forderung der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei. Stärkt die Rote Front, werdet Mitglieder der kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes! Beweist durch diesen Eintritt, daß ihr gewillt seid, mit in unseren Reihen zu kämpfen, für Verbesserung der Löhne, für eine längere Arbeitszeit, für die wirtschaftliche und politische Macht der Arbeiter und Bauern!

### Roter Aufmarsch in Batzslau

Das Batzslauer Proletariat sammelte sich zu einer machtvollen Kundgebung anlässlich des vom KFB veranstalteten Untergautreffens am 7. und 8. Juli. Hunderte von Roten Frontkämpfern mit ihren Schalmeienkapellen kamen zur Unterstützung aus den Ortsgruppen des Untergaus Neisse nach Batzslau. Am Sonnabend gelangte im überfüllten Saale ein besonderes Theaterstück, welches das Los des

Bergmannes schildert, zur Aufführung. Die Begrüßungsansprache des Kameraden Drzymalla, der als Vertreter der Gantagung anwesend war, wurde begeistert aufgenommen. Die Bevölkerung brachte dem KFB. größte Sympathie entgegen, sorgte für ausreichende Quartiere und beschenkte die KFB-Kameraden mit Blumen. Die Stadt war festlich geschmückt, überall prangten große Transparente mit Aufschriften wie: „Willkommen, rote Soldaten!“, „Proletarier aller Länder vereint euch!“, „Wir lassen uns nicht verbieten!“ — „Stadt- und Landarbeiter fanden sich in der Roten Front zusammen. Am Sonntag, dem 8. Juli, herrschte schon am frühen Morgen reges Leben. Hunderte von Schaffenden zogen früh um 6 Uhr zum Waden aus. Das Konzert am Ring wurde von großen Massen der Bevölkerung besucht. Um 1 Uhr rüdten die KFB-Kameraden in Kolonnen mit Transparenten auf den Sammelplatz an. Ueberzeugend gestaltete sich die Propaganda der Roten Hilfe für die proletarischen Gefangenen. Ein Wagen, von fünf Kameraden gezogen, die als Buchhändler gefleht waren, auf demselben ein Gefängnis aufgebaut — so wurde die Veranschaulichung der Vollamnestie durch die Sozialdemokratie klar zum Ausdruck gebracht. Die Demonstration bewegte sich durch alle Straßen der Stadt, überall begrüßt durch Herab-

**Arbeiter von Olewitz! Heraus zur Kundgebung**  
anlässlich der Wiederkehr des Jahrestages der  
Wiener Barrikadenkämpfe  
am Sonnabend, dem 14. Juli, 19 Uhr, auf dem Ring!

wesen von Blumen von der Bevölkerung. Bei der Kundgebung auf dem Ring, wo Kamerad Drzymalla sprach, beteiligten sich etwa 1500 Arbeiter. Drzymalla rechnete gründlich ab mit den Gegnern des Proletariats und mit der gesamten Konterrevolution. Immer wieder wurde er durch Ovationen der Batzslauer Arbeiterkassen unterbrochen, die seine Ausführungen gegen die Regierung und die verschleierte Große Koalition, gegen den Amnestieschwindel und die weitere Verelendung der Arbeiterklasse, gegen Polizei- und Justizterror, gegen den imperialistischen Krieg, gegen Faschismus und das Verbot des KFB. voll unterstützte. Alle gelobten, die Sowjetunion bei eventuellen Angriffen durch den Imperialismus zu verteidigen. Die Versammlung protestierte gegen die weitere Einleitung der revolutionären Kämpfe und forderte sofortige Freilassung derselben.

Dieses Untergautreffen war für alle Beteiligten ein neuer Ansporn für die weitere Entwicklung der Roten Front im Untergau Neisse. Mit einem Hauch auf die Dritte Internationale wurde die große Kundgebung geschlossen. Der Abend vereinigte die Kameraden mit den Sympathisierenden. Ehrig arbeiteten alle Kameraden bei den weiteren Abendveranstaltungen an der Auswertung dieses guten Untergautreffens.

Kameraden des Untergaus Neisse! Weiter alle Kräfte angespannt, dann wird auch bei euch die Rote Front stärker, ja unzerbrechlich werden!

## SPD. für Erhöhung der Massensteuern und Ermäßigung der Steuern für die Schwerindustrie

Aus Deuthen wird uns von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion geschrieben:

Im „Volkswort“ vom 6. Juli d. J. liest man folgendes Heidenstückchen der auch-Arbeitervertreter des Deuthener Stadtparlamentes, der sozialdemokratischen Fraktion: „Die Deuthener Kommunisten unterstützen den Steuerbott der Schwerindustrie.“ Der Artikel-schreiber will gar nicht wissen, daß es in der Deuthener Republik Unterbrüder und Unterbrüder gibt. Wenn er das wissen sollte, so fragen wir die sozialdemokratische Fraktion an, warum sie am Montag in der Stadtverordnetenversammlung mit den Demokraten und dem Zentrum den Sitzungssaal verlassen hat? Etwas damit die Grundvermögens- und die Gewerbeertragssteuer ermäßigt würde? Nein, deshalb nicht, sondern die sozialdemokratische Fraktion hat mit ihren Koalitionsspartnern den Sitzungssaal verlassen, weil die Kommunisten gegen die Erhöhung der zwei Steuerarten sind, die doch nur auf die breiten Massen der Bevölkerung abwälzt werden. Ein Beispiel, damit die Arbeiter sehen, wie die Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion in den Parlamenten aussieht:

Die Grundvermögenssteuer betrug 200 Prozent. Nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion soll dieselbe Steuer 225 Prozent betragen, die aber nicht der Hauseigentümer, sondern der Mieter zu tragen hat. Die 25 Prozent Erhöhung macht auf ein Jahr für eine Stube und Küche 5,25 Mark, für zwei Stuben und Küche 7,70 Mark, die der Mieter mehr aufbringen mußte. Das nennen die Sozialdemokraten Ermäßigung der Steuern der Besitzlosen!

Ein anderes Beispiel, wie die Sozialdemokraten und ihr Koalitionsspartnern für die Kapitalisteninteressen der Schaffgöttsch, von Giesches Erben und des Harrimantongerns (Deutsch-Weißharley-Grube) arbeiten:

Schaffgöttsch sollte auch für 1927 noch keine Steuern entrichten haben. Diese Anfrage stellte ein Stadtverordneter der demokratischen Fraktion in der fraglichen Sitzung. Nun hat die sozialdemokratische Fraktion sich dafür eingesetzt, daß man die Kapitalsteuern der Schwerindustrie von 1800 auf 1700 Prozent, also um 100 Prozent ermäßigen solle, damit die Herrn Kapitalisten nicht unter das Erwerbslosenversicherungsgesetz fallen.

Das ist die Interessenvertretung der Sozialdemokratie. Weil wir Kommunisten diese Seifenpolitik — Pardon — Kommunalpolitik der SPD nicht mitmachen, darum die Mandate derselben, um die Arbeiter in Deuthen zu täuschen. Man hat in der Mittwoch-Nummer vom 4. Juli des „Volkswortes“ gelesen, daß der kommunistische Stadtverordnete Urbanczyk sich das sehr leicht gemacht hätte, indem er die Erhöhung der Steuern ablehnte. Das „Volkswort“ schreibt aber nicht, welche Steuern die kommunistische Fraktion ablehnte und welche sie erhöhte haben wollte. Darüber schweigt das „Volkswort“. Wir als Kommunisten erklären, daß wir für die Erhöhung der Steuern

der Großindustrie sind und immer für Ermäßigung der Steuern der Arbeiterklasse eintreten werden und bei jeder Gelegenheit die arbeitserfreundliche Handlung der SPD. entlarven werden.

Was die Behauptung des Stadtverordneten Piecha betrifft, er hätte in vielen Fällen vertreten, so hat er hier bewußt gelogen, denn noch nie hat Herr Piecha den U. in irgend einer Weise vertreten, U. ist fähig, sich selbst zu vertreten. Daß der Sozialdemokrat Piecha nicht imstande ist, einen Arbeiter zu vertreten, beweist die Tatsache, daß ein Mitglied des Bergarbeiterverbandes zur christlichen Gewerkschaft gehen mußte, um sich dort in Streitsachen mit dem Arbeitgeber vertreten zu lassen. So sieht die Vertretung der SPD. aus.

Aber noch ein weiteres kommunalpolitisches Kunststück der sozialdemokratischen Fraktion wollen wir bei dieser Gelegenheit aufzeigen. In der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Juli wurde ein Antrag der kommunistischen Fraktion behandelt, der dahin lautete: Im Schlachthofbetriebe Deuthen O.S. eine Badeeinrichtung mit Trockenraum und Aufenthaltsraum usw. für das dort beschäftigte Personal zu schaffen. Der Kostenaufwand beträgt 25 000 Mark. Die sozialdemokratische Fraktion mit ihren Koalitionsspartnern stimmte dagegen. Jedoch der Antrag der Kommunisten ist zum Verger der Sozialdemokraten durchgekommen. Anders aber stellt sich die sozialdemokratische Fraktion zum Bau der Bahnsteighalle in Deuthen O.S., da will man nämlich der reaktionären Dames-Reichsbahn-Gesellschaft über eine Viertelmillion Mark als Zuschuß zum Bau der Bahnsteighalle in den Rücken werfen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmt froh und heiter für die Bewilligung der Hunderttausende von Mark für dieses kapitalistische Reichsbahnunternehmen. Arbeiter und Angestellte des Schlachthofbetriebs, seht, wie die sozialdemokratische auch-Arbeitervertreter in diesem Falle eure Interessen gewahrt haben.

Zum Schluß, Herr Piecha, wollen wir Sie noch auffordern, bei den wohnungslosen und kinderreichen Familien nachzufragen, ob dieselben eine größere Wohnung benötigen. Gehen Sie nicht zum Herrn Oberbürgermeister, sonst könnte Ihnen daselbe Malheur passieren, wie in der fraglichen Sitzung, wo Sie beinahe die Sprache verloren hätten; denn es war Ihnen sehr unangenehm, daß die Kommunisten die Worte mitgehört haben, die der Herr Oberbürgermeister an Sie gerichtet hat, wonach eine sechs-Zimmer-Wohnung nicht ausreicht.

Jetzt können Sie sprechen, Herr auch-Arbeitervertreter. Wir als Kommunisten werden den Weklägigen auch in Zukunft über Ihre Taten reinen Wein einschenken.

### Olewitz

Fast 105 000 Einwohner. In normalen Jahren bewegt sich die Steigerung der Einwohnerzahl unserer Stadt. Verfolgt man die Statistik über die Bewegung der Bevölkerung von Olewitz, so kann man feststellen, daß mit jedem neuen Monat die Einwohnerzahl anwächst. Auch der letzte Monat hat einen Zuwachs von 289 Personen gebracht, so daß Olewitz am 1. Juli insgesamt 104 008 Einwohner zählte. Das Verhältnis der Zu- und Abgänge im Monat Juni zeigt folgendes Bild: Zugewogen sind 61 Familien mit 401 Köpfen, 288 ledige männliche, 201 ledige weibliche Personen, 3 Witwen und 18 Waisen. Verzogen sind 20 Familien mit 180 Köpfen, 269 ledige männliche, 212 ledige weibliche Personen, 2 Witwen und 18 Waisen. Im Monat Juni fanden 572 Umläge statt, und zwar sind 109 Familien, 288 ledige männliche und 227 ledige weibliche Personen umgezogen. Zur standesamtlichen Beurkundung kamen im Monat Juni 172 Geburten, und zwar 85 männlichen und 87 weiblichen Geschlechts sowie 83 Sterbefälle, und zwar 40 männlichen und 36 weiblichen Geschlechts.

Von der Stadtbücherei. Die Stadtbücherei Olewitz mit all ihren Abteilungen und den Zweigbüchereien in den Vororten ist auch während der Ferienzeiten wie üblich geöffnet. Die Interessenten seien hierauf besonders aufmerksam gemacht.

### Kreuzburg

Drei Erhöhungen. Durch den Verrat der reformistischen Führer wurde jeder Kampf der Arbeiter abgewürgt. Die Lohnerhöhungen sahen ganz danach aus. Trotz der miserablen Zulagen erhöhten die Unternehmer sofort die Lebensmittelpreise, z. B. Fleisch und Brot. In letzter Zeit erhöhten die ober-schlesischen Grubenbarone die Kohlenpreise. In Kreuzburg wurde sogar der Bierpreis von den Sozialisten erhöht. Wohl werden von der Regierung Preisserhöhungen, die die Lebenslage der Arbeiter verteuern, genehmigt, doch Lohnerhöhungen werden abgelehnt. Es liegt an den Arbeitern, diesem System bald ein Ende zu bereiten.

„Selig sind, die da geistig arm sind.“ Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, suchte ein Sohn eines Kleinbauern bei den Konsum-Unternehmern Arbeit. Er bot sich selbst an, für 20 Pf. Stundenlohn zu arbeiten. Für den genannten Lohn fand er auch Arbeit bei dem Chauffeurbau. Diese Tatsache zeigt, wie gut das Kapital es verstanden hat, das Landvolk ganz unter seine Krute zu bringen. Schon lange treten solche Elemente als Lohnbrüder auf, oftmals ohne daß sie es recht wissen. Das revolutionäre Proletariat muß mit aller Schärfe daran gehen, das werttätige Landvolk aufzuklären. Welt gerade hier die Wurzeln des Faschismus sind.

Spiel und Tanz ist die Parole aller bürgerlichen und reformistischen Jugendvereine. Am Sonntagmorgen, bis in den Abend hinein, übte die hiesige Jugendgruppe des G.D.V. auf der Wiese nahe der Schindergrube Volkstänze. Die jungen Lehrlinge und Mädchen, die tagtäglich schwer arbeiten müssen, teilweise sogar ohne Entlohnung, verbringen nun ihre freie Zeit mit Tanz. Vor nicht allzu langer Zeit wurde vom Kaufmännischen Verein beschlossen, die Löhne von 20 Jahren auf vier Jahre zu erhöhen. Wir glauben doch annehmen zu dürfen, daß die G.D.V.-Jugend besser daran tun würde, statt zu tanzen für längere Arbeitszeit und besseren Lohn zu kämpfen.

### Oppeln

Die Arbeiter über den Stahlhelmaufmarsch. Was sagt die SPD?

Für Sonnabend lud der KFB. alle seine Kameraden, die Partei genossen und die sympathisierenden Arbeiter und Frauen zu einer zwanglosen Aussprache über den Sonntag, an dem Oppeln „erobert“ werden sollte, ein. Der große Saal des Schützenhauses war voll.

War das Verhalten der Arbeiter gegen den Stahlhelm richtig? so begann Genosse Girndt eine kurze Uebersicht zu geben. Welt unter den Bürgern die Parole herrschte: „Die haben euch (den Arbeitern) ja nichts getan, hätten die Arbeiter den Stahlhelm ungehindert lassen müssen“, begründete Genosse Girndt ausführlich den Klassenfeindlichen Charakter des Stahlhelms. Auch auf die erst jetzt aus ihrem Traum erwachte SPD-Zeitung, den „Volkswort“, mußte eingegangen werden. Obwohl auf die Einladung des KFB. und der SPD. zur gemeinsamen Abwehr, die SPD. bis heute noch nicht antwortete, diese Presse auch selbst vorher nichts unternahm, ist das Geschrei im „Volkswort“ sehr zweifelhaft. Herr Richter findet es für richtig, daß der Stahlhelm mit „Wut“ und „Mieder“-Rufen empfangen wurde, hält aber die verabschiedete Prügel an diese Brüder nicht für gut. (Der große Bruder in Hindenburg war über das bloße Rufen nicht befriedigt. — Warum so ein Gegenjah bei nur 80 Kilometer Entfernung?) Es wird auch etwas von Führern gefaselt, die nicht dabei waren. Nun, vielleicht läßt sich dieser Tintenschleier vom „Volkswort“ einmal etwas von den sozialdemokratischen Arbeitern erzählen, die mit den revolutionären Arbeitern gegen das Faschistengefindel auftraten, daß nur eine Einheitsfront mit den Stahlhelmen und SPD-Führern bestand, die sich beide nicht sehen ließen, alle anderen waren da.

Die Aussprache am Sonnabend zeigte ganz deutlich, daß die Arbeiterschaft recht handelte, werden doch vom Stahlhelm jahrelang schon die Arbeiter gemordet, überfallen, aus den Betrieben gedrängt usw. Diejenigen, die glauben, die Arbeiter hätten nur aus Wollust und falsch gehandelt, bezeugen nur ihre Unwissenheit über den wahren Charakter des Stahlhelms. Die Rote Klassenfront des Proletariats wird sich aber nicht dadurch betören lassen und gestärkt und verhärtet den Kampf gegen alle Feinde des Proletariats weiterführen. Oppelner Arbeiter, Männer und Frauen sind sich darüber vollkommen einig, nicht nur an dem einen Abend, sondern überall und allezeit.

Im Anschluß an diese Aussprache blieb man noch einige Stunden gemütlich beisammen. Neue Leser der „Arbeiter-Zeitung“ wurden gemordet. Schon jetzt gaben viele Anwesende Quartiere für das Gantreffen des KFB. am 4. und 5. August in Oppeln an.

Ueberfahren. Montag abend 5.30 Uhr kam das Auto des Generaldirektors Ebert aus der Grundhagen Zementfabrik in scharfem Tempo herausgefahren und überfuhr den 18-jährigen Tischlerlehrling Jonischik aus Malino, welcher von seiner Lehrstätte (Hr. Fenned) auf der Straße nach Hause fahren wollte. Jonischik wurde von dem 22-jährigen schweren Auto über Kopf und Beine gefahren und schwer verletzt. Schuld an dem Unfall hat in erster Linie der 73-jährige Portier, welcher dem Chauffeur das Ausfahrtscheit gab und den Radfahrer überfuhr. Mit 73 Jahren dürfte der Portier sich kaum seine Pension verdient haben, nachdem er ein Menschenalter in der Fabrik gearbeitet hat.

Zum Alltag u. zum Feste  
bleibt Christ's Brot  
doch das Beste!

D Führer durch die Geschäftswelt von Hirschberg und Bezirk Liegnitz D

Sagan

Ernst Ramtke ... Artur Bürger ...

H. Scupin, Replerstraße 10 ...

Schokoladenhaus ...

Wäsche / Weißbäderei ...

Oskar Lehmann, Sorauer Straße 15 ...

Gm. Meusch, Sorauer Straße 24 ...

Herm. Bentert, Nr. 21 ...

Otto Schulz, Sorauer Straße 29 ...

THIELE & KALBITZ, Sorauer Straße 19 ...

Zur goldenen 34, A. GANTZ ...

Damenputz, Maria Gurad ...

Hüte - Mägen - Pelzwaren, F. WINKLER ...

Restaurant „Zur Weintraube“, De-Luca ...

Adolf Selle :: Goldschmied ...

MAX APELT / Zigarrenhaus ...

S. & J. Grohn / Höhe Straße 13 ...

Alfred Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 1 ...

ELSE HOFFMANN, Stadtwiese 2 ...

Die Saganer Central-Molkerei ...

Geht alle ins Sankt-Isidor ...

Fahrräder Nähmaschinen, ROBERT RICHTER ...

Brand & Klaus, Elektrizität und Gas ...

A. Michaels, Ring 33 Wäschehaus ...

Grünberg

P. Franke, Aufseherstr. 123 ...

F. Rohall, Niederstr. 57 ...

H. Bothe - Dreimarkt 6 ...

Feine Fleisch- und Wurstwaren ...

Fritz Gutsche / Breite Straße 73 ...

Brot- und Feinbäckerei ...

Herzmöbel - Herzwaren ...

Uhren und Goldwaren ...

Feine Fleisch- und Wurstwaren ...

Spirituosen laßt in der Probierstube ...

Brot- und Feinbäckerei ...

Otto Ringel, Niederstraße 54 ...

Milch, Butter- und Käsegeschäft ...

Jungbier zum Selbstfüllen ...

H. Gebhardt, Ring 9 ...

Automobil-Fahrschule ...

Askriger Schwarzbier ...

Paul Mohr, Niederstraße 10 ...

Gardinenhaus P. Sander ...

Kaufhaus Bornstein ...

Rittelmann & Nebel ...

Eiskonitorei H. Glöner ...

Kunella Gold ...

W. Grau, Damenkonfektion ...

Biergroßhandlung Vinzenz Jänsch ...

Gotthold Gabler, Glaserstr. 5 ...

Billigste Bezugsquelle von Lebensmittel ...

Trinkt die wohlbedimmlichen ...

Grünberger Bergschloß-Biere ...

Manufaktur, Weiß- und Wollwaren ...

August Gürnth, Breite Straße 1 ...

KARL VÖLKERS, Eisenwaren ...

Möbel, gut und preiswert ...

Joseph Franz jr., Laubengang ...

Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschloßchen A.-G.

Haynau, Marie Winter ...

Theodor Prinz, Ring 30 ...

Rag Grädel, Stadtstraße 8 ...

Otto Wietzorek, Bahnhofstraße 2 ...

Gebr. Janner, Liegnitzer Straße 34 ...

MAX SCHREIBER, Stadtbrauerei ...

Hermann Stiller, Bahnhofstraße 35 ...

Goldberg, Herren- und Knabenbekleidung ...

Modehaus I. Seyfert, Ring 17 ...

Alfred Richter, Friseurgeschäft ...

Referiert 100, ZIGARENHAUS ...

August Rabus, Niederstr. 5 ...

Spezial-Hut-Haus, Carl Großmann ...

Bunzlau, H. Gumbmann ...

Edo Schöffel, Nilsplatz 9 ...

Fahrradhaus Hoffmann, Stadtstraße 16 ...

Hirschberg, Fahrräder - Motorräder ...

Otto Schulz, Fleisch- u. Wurstwaren ...

H. Bruchmann, Greiffenberger Str. 11 ...

Fleischerei und Wurstfabrik ...

Kaufhaus Dittrich, Otto Spüth & Sohn ...

OTTO SPÜTH & SOHN, Sohlen-Ausgleich ...

Herrmann Hirschfeld, Textilwaren ...

H. L. Parfiers Wwe., Haus-, Bett- und Leibwäsche ...

BEKLEIDUNGSHAUS, Joh. Max Heyer ...

Herren- und Jünglings-Konfektion ...

H. Hamann / Markt 41, Strümpfe ...

A. STROKOSCH / MARKT, Hüte - Mützen ...

Crux Wolf, Nähmaschinen ...

Rag Behrendt, Spezialhaus für Herren ...

Hirschberg-Cunnersdorf, Erich Schröter ...

Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren ...

Neusalz, M. Zuckermann ...

Herren-, Knaben- und Berufsbekleidung ...

Neusalz, Paul Walter ...

H. Stephan, Freystädter Straße 15 ...

Arbeiterbekleidung, nur Qualitätsware ...

Lehrecht Hilgner, Friedrichstraße 40 ...

Billigste Bezugsquelle für Farben und Lacke ...

EMIL WIESNER, Berliner Straße 55 ...

ALBERT KUNKE, Amtsstraße 11 ...

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14 ...

Liegnitz, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei ...

Sage Hirc, Witzstraße 36 ...

Berliner Fahrradhaus, Burgstraße 41 ...

Gebrüder, Sprechmaschinen, Schmelzenplatten ...

Rag Ruhn, Schloßstraße 20 ...

G. Hansen Nachfolger, Photograph ...

Emma Dulajewski, Wilhelmstraße 18 ...

Emma Wägle, Wilhelmstraße 13 ...

Paul Groß, Breslauer Str. 1 ...

„Wintergarten“, Befiz. Lipe & Klotz ...

Max Jordan, Friedrichstraße 30 ...

HEINRICH HEINZEL, Al-ne Gasse 6 ...

Adolf Lehmann, Berliner Straße 43 ...

Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren ...

Paul Wille, Berliner Straße 37 ...

A. Gentschel, Markt Schuhwarenhaus ...

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung ...

Sufan Wimmel, Breslauer Straße 88 ...

Uhren und Goldwaren, kaufen Sie gut und billig bei ...

Willy Nothel, Breslauer Straße 33 ...

CARL KRÜGER, Weiß-, Wollwaren und Tricotagen ...

Max Süßmann, Mittelstraße 11 ...

Herren- u. Knabenbekleidung ...

Fahrräder / Nähmaschinen, Sprechmaschinen ...

Max Futten, Ring 9/10, Kleiderstoffe ...

Sprossau, Verkehrslokal „Zur Altsächsen“ ...

Breslauer Konfektionshaus, Carl Briniger ...

FAHRRADHAUS, D. Großmann ...

Kolonialwaren :: Lebensmittel, Alfons Herda ...

Billig und gut, laufen Sie Herren-, Damen- u. Kinder- ...

Adolf Schindler, Markt 36, Glogau ...

Bürkenwaren aller Art, empfiehlt H. Lindholm ...

Zigarren :: Zigaretten :: Tabak, G. Stobel ...

Friseur W. Welzel, Lan.- Straße 14 ...

Motor- und Fahrräder :: Nähmaschinen ...

Brot- und Feinbäckerei, E. Lindner ...

Misa-Fahrräder - Nähmaschinen ...

Waren-Kreditthaus, GEBR. METZKER ...

Preiswerte T. bakwaren empfiehlt ...

Ernst Lauterbach, Joh. Bernbard Zeit ...

Liegnitz, Max Futten, Ring 9/10 ...

Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren ...

Putz, Damenkonfektion, Kurzwaren ...

Strümpfe und Wollwaren ...

# Diskussion über den Programmmentwurf des EKKI

## Referat des Genossen Dr. Hermann Dunler vor den Breslauer Funktionären

Breslau, den 11. Juli.

Vor den Funktionären der Partei hielt gestern abend Genosse Dr. Hermann Dunler ein Referat über den neuen von der Programmkommission des EKKI ausgearbeiteten und den Sektionen der Kommunistischen Internationale zur Diskussion gestellten Programmmentwurf. Aus Raumgründen mußten wir uns darauf beschränken, die Ausführungen des Genossen Dr. Dunler und die der Debatterebner in knappen Zügen wiederzugeben. Wir hoffen, daß der Bericht trotzdem dazu dienen wird, die in beiden Bezirken spät in Fluß gekommene Diskussion zu beleben.

### Genosse Dr. Hermann Dunler

erläutert zunächst die Frage: Was ist ein Programm, und gibt es eine historische Notwendigkeit über die sozialistischen Programme (Eisenacher, Gotthard, Erfurter Programm) und die Kritik, die Marx und Engels an ihnen geübt haben. Ein sozialistisches Programm muß sich darauf beschränken, von einer hohen Warte aus die Grundzüge der gesellschaftlichen Entwicklung zu kennzeichnen und die Aufgaben der Arbeiterklasse in ihrem Bestreben nach einer allen Arbeitern verständlichen Weise zu zeichnen. Da es für eine größere Spanne Zeit gilt, müssen Details möglichst vermieden werden. Ein Fehler des 1924 vom EKKI verfaßten Programmmentwurfes — der dann zurückgestellt wurde — war, daß er zu sehr auf Einzelheiten einging. Ereignisse der letzten Jahre, chinesische Revolution usw., machten daher eine vollkommene Umarbeitung des Entwurfes nötig. Aus diesem Fehler des ersten Entwurfes sei bei der jetzigen Umarbeitung gelernt, mit dem er im wesentlichen einverstanden sei, gehe zu sehr ins Detail und bedürfe der energischen Verkürzung. Bedauerlich sei die zu spät erfolgte Veröffentlichung, welche die notwendige Diskussion einschränkte. Genosse Dunler bemängelt ferner einige stilistische Schwächen und Unübersichtlichkeiten, die er zum Teil auf die Uebersetzung aus dem Russischen ins Deutsche zurückführt, und deren Ausmerzung er wünscht. Er behandelt dann die Einleitung und die sechs Abschnitte des Entwurfes.

Die Einleitung sei gegenüber der früheren um das Doppelte gewachsen und enthalte Wiederholungen, z. B. die Nebeneinanderstellung von Ausbeutung, Unterdrückung und Knechtung des Proletariats (4. Absatz 5. Zeile). Unterdrückung und Knechtung sind dasselbe, da wäre es richtiger gewesen, die kulturelle Verkümmern des Proletariats zu erwähnen. In einer Rede, allenfalls in einem Artikel, könne man sich Wiederholungen zur Bekräftigung gestatten, nicht aber in einem Programm, bei dem es gilt, jedes Wort „auf die Goldwaage zu legen“. Im letzten Absatz der Einleitung sei die Rede von einer „revolutionären Methode des dialektischen Materialismus“. Das sei ein zu enger Ausdruck, da der dialektische Materialismus nicht nur eine Methode, sondern eine umfassende Weltanschauung ist. Der Absatz 5 gehöre nicht in die Einleitung, sondern zum Absatz 14 des ersten Abschnittes.

Der erste Abschnitt des Programms behandelt das „Weltssystem des Kapitalismus, seine Entwicklung und seinen unvermeidlichen Untergang“. Diese Formulierung sei nicht glücklich. Es gibt zwar ein Weltsystem des Ptolemäus oder des Kopernikus, aber das habe mit dem Kapitalismus nichts zu tun. Auch das Wort unvermeidlich sei irreführend und könne die Auffassung begünstigen, daß das Proletariat mit beschränkten Kräften dem unvermeidlichen Untergang des Kapitalismus zusehen kann. Unvermeidlich sei der Untergang des Kapitalismus, wenn das Proletariat seine Aufgaben erkennt und erfüllt. Ungenügend sei die Kennzeichnung des Wesens des Kapitalismus durch den acht Zeilen umfassenden Absatz 1 des ersten Abschnittes. Es müsse berücksichtigt werden, daß das Programm sich an die allerbreitesten Schichten wende, und da dürfe man nichts als bekannt voraussetzen. Im Absatz 4, in dem von der „Aenderung der inneren Struktur der kapitalistischen Gesellschaft“ die Rede ist, sei es zweckmäßig, statt ändern, ersetzen zu sagen. Die innere Struktur der kapitalistischen Gesellschaft habe sich nicht geändert, sondern entfaltet, wie z. B. ein Baum seine Äste. Es sei auch falsch, von einer „Verwandlung“ der Konkurrenz in das Monopol zu sprechen. Wenn auch der Monopolkapitalismus der freien Konkurrenz gegenübertritt und sie ersetzt, so sei letztere doch immer noch vorhanden.

Beim zweiten Abschnitt „Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die erste Entwicklungsphase der Weltrevolution“ nehme die Darstellung des Faschismus erschwerend einen breiteren Raum ein, als beim ersten Entwurf. Die Feststellung, „daß sich die Bourgeoisie in steigendem Maße genötigt sieht, das parlamentarische System durch faschistische Herrschaftsmethoden zu ersetzen“, sei zu allgemein und einseitig. Genosse Dunler erinnert an die Formulierung von Engels, wonach die demokratische Republik der Boden ist, auf dem die Entschärfungsschicht zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgetrieben werden wird.

Die Aufzeigung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten, die Kennzeichnung der Kolonialpolitik und die Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen den kapitalistischen Staaten auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite, bezeichnet Genosse Dunler als außerordentlich treffend.

Beim dritten Abschnitt „Das Endziel der kommunistischen Internationale, der Weltkommunismus“ sei in der Diskussion über den Programmmentwurf die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht besser sei, die im vierten Abschnitt behandelte „Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und die proletarische Diktatur“ vorweg zu nehmen. Er glaube auch, daß in dieser Hinsicht eine Aenderung in der Reihenfolge der Abschnitte erfolgen werde. Im allgemeinen ist Genosse Dunler auch mit der Fassung dieses Abschnittes einverstanden. Er bestreitet aber, daß in der „kommunistischen Gesellschaft“, die Arbeit aus einem Mittel zur Lebenshaltung zum bringenden Lebensbedürfnis werden wird. Vom Standpunkt der Gesellschaft gesehen, sei jede Arbeit zwar Lebensbedürfnis, im allgemeinen werde es aber so bleiben, daß die Arbeit Mittel zum Zweck ist. Der Mensch arbeitet, um zu leben, er lebt nicht, um zu arbeiten. Auch glaubt Genosse Dunler nicht an „das Aufhören des Privateigentums an Konsumtionsmitteln“, weil auch die Verteilung an Konsumtionsmitteln nicht das Privateigentum an denselben aufhebe.

Am besten gelungen sei der Abschnitt 4. An der Spitze desselben stehe ein Satz aus den Randbemerkungen von Marx zum Gotthard Programm. Er lautet:

„Zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Ihre entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als eine revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Genosse Dunler wünscht, daß dieser Satz, den sich jeder Arbeiter einprägen soll, deutlich als Marx' Zitat gekennzeichnet wird.

Karl Kautsky habe diesen Satz „überreift“ in einer Art, die jeder Arbeiter auswendig können müßte. Kautsky sagt:

„Zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere, ihr entspricht auch eine Uebergangsperiode. Diese Uebergangsperiode ist die Koalitionsregierung!“ (Große Vetterzeit.)

In der Frage des Kriegskommunismus genügt dem Genossen Dunler nicht die Fassung, daß bei einer bewaffneten Intervention der Kapitalisten und einem anhaltenden konterrevolutionären Kriege eine Kriegskommunistische Wirtschaft notwendig werden kann. Er ist der Ansicht, daß nach der Machteroberung eine Periode des Kriegskommunismus notwendig werden muß. Das Proletariat muß der Bourgeoisie zunächst die geballte Faust zeigen, um ihr nicht nur die ökonomischen Grundlagen zu entreißen, sondern sie auch innerlich zu der Einsicht zu bringen, daß jede Hoffnung auf eine Wiederkehr der alten gesellschaftlichen und politischen Zustände aussichtslos ist. Ob diese Periode des Kriegskommunismus längere oder kürzere Zeit oder vielleicht nur einen Tag notwendig sei, spiele dabei keine Rolle. Jedenfalls müssen im Interesse der Versorgung der Massen die Lebensmittel sofort rationalisiert und verteilt werden.

Von bürgerlicher, dem Kommunismus „wohlwollender“ Seite höre man oft den „Einwand“: Der Kommunismus sei zwar eine schöne Sache, setze aber voraus, daß die Menschen Engel seien. Demgegenüber muß hervorgehoben werden, daß die Periode der Diktatur des Proletariats eine Periode der Erziehung ist. Sie schaffe erst die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus.

Der Abschnitt 4 bringt eine Aufzählung der während der Diktatur des Proletariats notwendigen Maßnahmen auf allen Gebieten der Wirtschaft und des politischen und kulturellen Lebens. Hier kommen dem Weltproletariat in seinem Kampf die wertvollen Erfahrungen des russischen Proletariats zugute. Nicht einverstanden ist Genosse Dunler mit der Fassung über die Enteignung und die proletarische Nationalisierung des gesamten Großgrundbesitzes. Er rügt, daß bei den Nationalisierungsmahnahmen zuerst die Ausnahmen, dann die Regeln angeführt werden, statt umgekehrt, und weist darauf hin, daß auch Genosse Hördle an diesem Teil des Programmmentwurfes Kritik geübt und positive Änderungsvorschläge gemacht hat. Genosse Dunler behandelte dann den letzten Abschnitt,

### Strategie und Taktik der kommunistischen Internationale, der Weg zur Diktatur des Proletariats,

mit dem er ebenfalls im wesentlichen einverstanden ist. Bei der Hervorhebung der Gegensätze zu anderen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung findet er die Erwähnung des Sildensozialismus des Sunpatsenismus und des Gandismus als zu weitgehend.

Ferner unterstreicht er die Feststellung:

„Gleichermassen unzulässig ist sowohl die Vernachlässigung der Alltagsforderungen und Alltagskämpfe der Arbeiterklasse wie die Beschränkung auf den Rahmen dieser Alltagsforderungen und Alltagskämpfe. Vielmehr besteht die Aufgabe der Partei darin, ausgehend von diesen Bedürfnissen die Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf um die Macht weiterzuführen.“

Dieser Satz aus dem Programmmentwurf muß jedem Kommunisten als Richtschnur dienen. Genosse Dunler begrüßt es ferner, daß der Programmmentwurf mit den Schlußsätzen aus dem „Kommunistischen Manifest“ endet. Das zeigt, daß die Erkenntnisse von Marx und Engels noch heute Geltung haben.

Genosse Dunler faßt seine Gesamtkritik über den Programmmentwurf dahin zusammen, daß er nach Verkürzung, stilistischer Verbesserung und Ausmerzung einiger Stellen ein gutes, brauchbares Programm geben werde, mit dessen Hilfe wir auf die Frage „Was wollen die Kommunisten?“ allen Arbeitern bestmöglich antworten und ihnen den Weg zur Befreiung des Proletariats weisen können. Er schließt mit der Aufforderung, gründlich über den Entwurf zu diskutieren.

Dem Genossen Dunler, der durch die frische instruktive Art seines Vortrages und die an die Hörer gerichteten Fragen einen innigen Kontakt zwischen sich und den Genossen und Genossinnen hergestellt hatte, dankte lebhafter Beifall der Versammlung. Nach einer kurzen Pause folgte:

### Die Diskussion:

#### Genosse Hausen

Ich unterstreiche die Feststellung des Genossen Dunler, daß der Programmmentwurf viel zu spät vom EKKI veröffentlicht wurde. Dadurch ist eine breit angelegte Diskussion in den breiten Mitglieder-massen unmöglich. Die Zeit zwischen 5. und 6. Weltkongreß war ausreißend, um hier rechtzeitig mit einer gründlichen Diskussion zu beginnen. Aus diesem Grunde stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Entwurf vom Weltkongreß im Prinzip angenommen, dann nochmals gründlich diskutiert und danach erst endgültig verabschiedet wird. Gleichzeitig wünsche ich, daß das Prinzip der möglichsten Kürze und Einfachheit in der Sprache berücksichtigt wird.

Zum Inhalt selbst. Hier stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Probleme der Nachkriegszeit eine ausführlichere Berücksichtigung erfahren müssen. Hierzu sind natürlich erst umfassende Untersuchungen erforderlich, ehe man zu einer entsprechenden Formulierung kommen kann. Der Genosse Barga hat in seiner Broschüre bereits einige dieser Fragen angebeutet. Ich deute hier nur einige Fragen an, z. B. der Einfluß des Kapitalmonopols auf die Preisentwicklung, auf den Konjunkturverlauf, auf die Krisen. Hierher gehört auch eine Auseinandersetzung mit den theoretischen Gedankengängen Hilferding's auf dem Kleiner Parteitag der SPD und mit der reformistischen Wertung des Nachkriegskapitalismus und der damit verbundenen Theorie von der allmählichen Reform der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates.

Die Formulierung „von der Simulierung des wirtschaftlichen Kampfes durch die SPD“ bedarf einer klareren und verständlicheren Fassung. Die Rolle Amerikas muß schärfer herausgearbeitet werden. Die Rolle der Nationalisierung des Grund und Boden...

dens usw. soll man im klaren Gegensatz zu allen bürgerlichen und reformistischen Nationalisierungsprojekten im Rahmen der Verfassung des bürgerlichen Staates klar und eindeutig von der entschuldigungslosen Enteignung und Nationalisierung sprechen.

Zur Frage der Uebergangslösungen übergehend, erklärte Genosse Hausen, daß die Formulierung im Entwurf seiner Ansicht nach ungenügend ist. Er erinnerte an die Debatte auf dem 4. Weltkongreß über die Aufnahme der Notwendigkeit von Uebergangslösungen auch im Programm der KZ. Er wünschte deshalb, daß klar gesagt werde, was Uebergangslösungen sind und was sie nicht sind. Der Hinweis auf einige Uebergangslösungen genüge nicht, man müsse auch ihren Charakter betonen und umschreiben. Gleichzeitig muß klar gesagt werden, unter welchen Bedingungen sie propagiert und unter welchen Bedingungen sie zu Aktionslösungen werden. Im Programmmentwurf fällt ihre Propagierung und die Aktion für sie zeitlich zusammen. Man müsse sich darüber klar sein, daß, ehe eine Lösung die Massen ergreift und zur Aktion führt, sie gründlich propagiert und im engsten Zusammenhang mit den aktuellen Bedürfnissen der Arbeiter erläutert werden muß.

Des weiteren ist eine klare Präzisierung unserer Stellung zur Frage Republik und Monarchie usw. notwendig. Ich erinnere nur an die Stellung des Spartakusbundes anlässlich des Rappaputisches, an die Stellung unserer polnischen Bruderpartei anlässlich des Pilsudskiputschs und an die Haltung unserer bulgarischen Partei bei Beginn des Zankoffischen Umsturzes. Hier sahen wir zu Beginn Schwankungen. Ich glaube deshalb, daß eine klare Herausarbeitung zu diesen Fragen notwendig ist. Dabei dürfen wir ja nicht vergessen, daß wir in vielen Ländern noch bürgerlich-revolutionäre Bewegungen haben.

Wir alle hoffen und wünschen, daß die Diskussion um das Programm das theoretische Niveau unserer Partei verbessert, unsere Genossen mit den erforderlichen Waffen ausrüstet, die sie im größten geschichtlichen Kampfe benötigen, um alle Gegner des Proletariats niederzurufen und den Sieg der proletarischen Revolution zu begründen. (Fortsetzung folgt.)

### Gegen den Amnestiebetrug

Die Versammlung der Breslauer Funktionäre der kommunistischen Partei nahm einstimmig folgende Protestresolution an:

Die heute in Breslau gutbesuchte Funktionärerversammlung der kommunistischen Partei erhebt flammenden Protest gegen die Vereinbarung, nach der die proletarischen politischen Gefangenen, die wegen Vergehen gegen das Leben in politischen Prozessen verurteilt wurden, nicht sofort amnestiert werden sollen.

Die versammelten Funktionäre verlangen die sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen einschließlich Hoelz und Margies entsprechend dem Amnestieantrag der kommunistischen Fraktion im Reichstag.

An alle proletarischen Organisationen richten die Breslauer Funktionäre der KPD die Mahnung, keine Gelegenheit unbenutzt zu lassen, um Massenproteste gegen die geplante Scheinamnestie an den Deutschen Reichstag und den Reichsausschuß des Reichstages zu senden.

### Durcheinander im deutschnationalen Lager

Eugenberg gründet eine faschistische Fraktion

Unsere Voraussage, daß der Fall Lam bach weitere Kämpfe im deutschnationalen Lager auslösen werde, wurde durch die jüngsten Vorgänge in der Deutschnationalen Volkspartei bestätigt. Ueber die Krise berichtet das Berliner Tagesorgan des Jungdeutschen Ordens, „Der Jungdeutsche“, dessen Führer Wahraun, der erbitterteste persönliche Feind Eugenbergs, von den deutschnationalen Gegnern Eugenbergs offensichtlich gut informiert wird, folgende Einzelheiten. Am Sonntag trat die deutschnationalen Parteivertretung zusammen und faßte einen Beschluß, der zwar wiederum ein platonisches Bekenntnis zu den monarchistischen Grundfäden des Parteiprogramms ausdrückt, jedoch es ablehnt, über den Ausschluß Lambachs zu verhandeln. Hierauf gründete Eugenberg innerhalb der deutschnationalen Fraktion eine „alldeutsch-legitimistische und zugleich sozialreaktionäre Gruppe“ mit der Drohung, sich im Reichstage eventuell selbständig zu machen. Gegen diese Fraktionsbildung wandte sich als Parteivorstandender Graf Westarp. Am Montag, dem 9. Juli, ging der Kampf zwischen Eugenberg und Westarp um den Ausschluß Lambachs weiter. In der Abstimmung blieb Westarp mit 64 gegen 67 Stimmen in der Minderheit. Darauf legte Westarp den Vorsitz nieder und verließ das Beratungskammer. Schließlich kam man zu einem Kompromiß, indem der Fall Lam bach dem Parteigericht überwiesen wurde und Westarp den Vorsitz bis auf weiteres behält. Die Auseinandersetzungen gehen in der Deutschnationalen Partei weiter. Eine breitere Entscheidung soll im Herbst auf einer neuen Tagung der Parteivertretung gefaßt werden.

Im Hintergrund des Falles Lambach steht nicht nur der Unruhenkampf Eugenberg-Westarp. Die Zerlegung im deutschnationalen Lager hat verschiedene Ursachen. Die ungewohnte Energie, mit der die deutschnationalen Angestelltenorganisationen gegen den Ausschluß Lambachs Stellung genommen haben, ist auch nicht etwa die Folge ihrer Begeisterung für die Republik. Was sich hinter diesen Kämpfen verbirgt, ist vielmehr der Klassengegensatz zwischen dem schwerindustriell-großkapitalistischen „linkerlichen“ Flügel und zwischen den Angestellten und Kleinbürgerlichen Schichten unter den deutschnationalen Wählern. Wenn auch der Gegensatz zunächst in verworrenen Formen auftritt, so ist er, Massenmäßig gesehen, doch ein Zeichen dafür, daß innerhalb der deutschnationalen Wähler-schaft ebenfalls eine Linksbewegung vor sich geht, die allerdings noch nicht hermag, den Klassengegensatz zu erkennen, geschweige denn auszugleichen.

Wie die Abstimmung zeigt, sind die Kräfteverhältnisse in der Parteivertretung vorläufig unentschieden. Die Verschärfung der Klassengegensätze, die verstärkte Diktatur des Unzufriedenen, aber auch die weitere Zerlegung im deutschnationalen Lager...

# Aus den Gewerkschaften

## Reformistische Jugendarbeit

Statt Förderung, Herabsetzung der Jugendarbeit im Breslauer Holzarbeiterverband

Ein junger Holzarbeiter schreibt uns: Die Breslauer Holzarbeiter hatten vom Frühjahr 1923 bis Herbst 1927 in der Jugendabteilung einen großen Rückschritt zu verzeichnen. Als Grund kann man mit Recht annehmen, daß eine wenig aktive Jugendleitung vorhanden war. Der eigentliche Jugendleiter, der Gewerkschaftssekretär Kuzdile, besaß nicht das Vertrauen der Jugend. Das konnten einige Jugendkollegen nicht mehr mit ansehen. Sie versuchten, die Kasse, die von den Reformisten und der zu lauen Jugendleitung in den Fingern gehalten wurde, wieder auf die richtige Bahn zu bringen. Als sie auf dem besten Wege dazu waren, wurden sie von der reformistischen Ortsverwaltung belästigt. Bei der Aufstellung der Monatsversammlungsprogramme gab es große Auseinandersetzungen zwischen der Ortsverwaltung und den Jugendlichen. Als die Vorbereitungen zum Herbstlichen Holzarbeiterjugendtag in Freiberg getroffen wurden, übte man auch einige Kampfschritte ein, und die Jugendkollegen sollten Vorschläge machen, welche Liebertage im Fingern gehalten werden sollten. Sie nannten u. a. das Lied: „Sieh, durch die Straßen mit festen Schritten...“ In der Versammlung, wo die Vorschläge gemacht wurden, hatte Kuzdile zugestimmt, weil er die Kritik fürchtete. Als die Lieber jedoch gedruckt waren, vermied man das Hundertstättchenlied. Die Jugendlichen waren darüber sehr erregt und sie haben das Lied trotzdem eingeübt. Bei der Aufstellung des November-Programms wurde von den Jugendlichen „Die Revolution“ vorgeschlagen. Diesem Vorschlag stimmte aber die Ortsverwaltung nicht zu, mit der Begründung, daß das politisch wäre. Man setzte für den Abend einen Fachvortrag an. Da die Jugendlichen an dem Vortrag nicht interessiert waren und er gegen ihren Willen angeordnet war, gab es heftige Diskussionen mit dem Referenten. Das Programm für Januar wurde von den Jugendfunktionären aufgestellt, da die Jugendleitung sich im Dezember aufgelöst hatte. Die Ortsverwaltung war jedoch mit zwei Veranstaltungen nicht einverstanden, und zwar mit der Versammlung „Jugendarbeiter im Streik“ und „Von Leningrad bis Tiflis“. Die Jugend befürchtete jedoch auf ihren Themen, ließ das Programm drucken und verteilte es unter die Jugendkollegen. Dies nahm die Ortsverwaltung zum Anlaß, die

### Jugendgruppe aufzulösen.

In einer Sitzung mit dem Gewerkschaftssekretär haben die Jugendkollegen Hillebrandt und Simon gegen diesen Unfug protestiert und es wurde von einer Auflösung der Jugendgruppe abgesehen. Nun verlangten die Jugendkollegen die Wahl einer Jugendleitung. Die Ortsverwaltung begründete die Nichtwahl damit, daß eine Wahl erst vorgenommen werden könnte, wenn Jütle, ihr Jugendleiter, von der Schule aus Düsseldorf zurückkäme. Da er aber erst im März zurückkommen sollte, war man also von Dezember bis März ohne Jugendleitung. Als die Jugendkollegen dagegen Stellung nahmen, drohte der Gewerkschaftssekretär Borell dem Jugendkollegen Simon mit folgenden Worten: „Wir werden dich schon unter die Flügel bekommen, wenn du frei sein wirst.“ Das heißt soviel wie: Wenn du gepöbelt wirst, lassen wir dich durchfallen. Zur Wahl der Jugendleitung hatten die Jugendkollegen folgende Vorschläge gemacht: 1. Jugendleiter Kluge (KZPD), 2. Jugendobmann Simon (KZPD), 3. Schriftführer Hillebrandt (Jungf.), 4. Agitation und Propaganda Kugel (KZPD). Mit diesen Vorschlägen war die Ortsverwaltung nicht einverstanden. Sie suchte sich ihre Kandidaten heraus und berücksichtigte von den Vorschlägen der Jugend nur wenige. Man hat also eine Jugendleitung gegen den Willen der Jugend geschaffen. Schon bei der Aufstellung des Mai-Programms konnte zwischen dem Vertreter der Bürokraten (Jütle) und den Jugendkollegen keine Einigung erzielt werden. Der Jugendkollege Kugel hatte zunächst das Thema „Klassenjustiz“ und als Referenten den Kollegen Gläser (KZPD) vorgeschlagen. Erst wandte sich Jütle gegen den Referenten. Als er nun damit nichts ausrichtete, wandte er sich gegen das Thema. Er mußte sich aber durch die Jugendkollegen belehren lassen. Seine Vorschläge wurden von der Jugend abgelehnt. Den Vorschlägen der Jugendlichen stimmte die Ortsverwaltung nicht zu. Man ließ deshalb den ganzen Monat die Versammlungen ausfallen. So ließen die Reformisten eine

planmäßige Besetzungsarbeit.

Bei den letzten Auseinandersetzungen wurde einigen Jugendkollegen mit Polizei-Angelegenheiten gedroht. Kollegen, auf Euch kommt es an, daß Ihr denjenigen, die ausgerechnet die Kommunisten als Befürworter der Gewerkschaftseinheit bezeichnen, mit der Unterstützung der Jugendlichen im Kampf gegen die Reformisten antwortet.

## Verbandstag der Fabrikarbeiter

Die ersten zwei Tage des Fabrikarbeiterverbandstages hatten folgenden Verlauf: In Hamburg wurde am 8. Juli der Verbandstag der Fabrikarbeiter eröffnet. Der Saal ist besetzt vom schwarz-roten goldenen Fahmentuch der kapitalistischen Republik. Zwischen den zahlreichen Begrüßungsbreden trat das Vorstandsmitglied Brey auf und verlas einen Brief, der vom Zentralkomitee der FAPD stammen sollte und der bewies, daß die Kommunisten eine Art „Bombenattentat“ (!) gegen die Koalitionspolitik der Verbandsleitung planen sollen. Leipzig vom 10. Juli versuchte in vorsichtiger Form zum Einleiten in den Organisationsfragen zu bewegen, die in letzter Zeit zu sozial-standalen geführt haben. Der Fabrikarbeiterverband habe eine besonders schwierige Arbeit zu leisten. Trotz ständiger Reibung mit anderen Verbänden, dennoch Erfolge in der Arbeit. Infolge der Rationalisierung (Hustenanfalle im Saal) werden die Differenzen mit den anderen Verbänden immer größer. Der FAPD-Kongress wird sich mit diesen Fragen beschäftigen. Bei der Neugestaltung der Verbände müßte auch der FAPD eventuell Mitglieder abgeben. Brey antwortete Leipzig. Er bezweifelt, daß man die organisatorischen Abgrenzungen so leicht vornehmen könne, wie Leipzig sich das vorstelle. Die Grenzstreitigkeiten zu regeln, sei Sache des Fabrikarbeiterverbandes, er könne noch nicht sagen, inwieweit er Beschlüssen des FAPD-Kongresses Rechnung tragen könne (!), durch die der FAPD

## Verbandstag der Bergarbeiter

Am zweiten Verhandlungstag des Verbandstages der Bergarbeiter muß der Verbandsvorsitzende Waldheer mitteilen, daß aus mehreren Zahlreichen des Ruhrgebietes Telegramme eingelaufen sind, in denen gegen die Maßnahmen des Hauptverbandes gegenüber der Opposition scharfster Protest erhoben wird und die Einleitung zweiseitiger Lohnbewegungen gefordert wird. Im Laufe des Tages treffen weitere Telegramme ein.

Die Führer der Organisation erließen den Geschäftsbericht für die Jahre 1926/27. Bemerkenswert ist, daß in allen ihren Ausführungen immer hingewiesen wird auf die Rede des Ministers Schreiber, die heute bereits in der gesamten bürgerlichen Presse erscheint und den reaktionären Standpunkt der Preußischen Regierung zu den Stilllegungen und Entlassungen im Ruhrgebiet zu begründen versucht. Dufemanni und seine Freunde wissen dazu nichts anderes zu sagen, als daß auf dem Wege der Wirtschaftsdemokratie fortgeföhren werden müsse. Das heißt Fortsetzung der Unterstützung des Schlichtungswesens, der Koalitionspolitik und der internationalen Kohlenverständigung, die nach ihrer Ansicht allein imstande sei, die Kohlenkrise zu lösen.

Besonders hat es den Verbandsführern ein Antrag angefallen, in dem gefordert wird, daß der Verband auch trotz eines verbindlich erklärten Scheiterns kämpfen müßte, falls dieser Schiedspruch nicht den Forderungen der Bergarbeiter entspricht.

Der Verbandssekretär Walke erklärte dazu, daß derartige Ansichten im Verbande nicht gebildet werden dürften, sie wären verpflichtet, die Wirtschaft vor Erschütterungen zu bewahren, sie befüßten soviel Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber Tarifen, die durch die Verbindlichkeitsklärung erzeugt würden, daß sie derartige Zumutungen auf das Schärfste zurückweisen müßten. Er wirft die Frage auf, was die Bergarbeiter denn sagen würden, wenn die Unternehmer in gleichem Sinne vorgehen würden. Er forderte deshalb einstimmige Ablehnung dieses Antrages. Der Sekretär Walke dokumentierte damit, daß sich die Unternehmer auf ihn verlassen können. Den Bergarbeitern ist zur Genüge bekannt, es trifft auch für andere Arbeiterkategorien zu, daß die Unternehmer schon in sehr vielen Fällen, so auch jetzt wieder im Ruhrbergbau, sich glatt über tarifliche Bestimmungen hinwegsetzen, wenn es sich darum handelt, ihre Schanzmacherepläne zu verwirklichen.

gewungen sei, Mitglieder abzugeben. Es folgt die Konstituierung des Vorstandes. Am zweiten Verhandlungstag er folgten die üblichen Begrüßungsbreden der ausländischen Gäste. Darauf erstattete Brey den Vorstandsbereich. Nach einigen einleitenden Bemerkungen über den Zusammenschluß und Mitgliederstand spricht er zur Frage des Streikrechtes. Wenn die Kommunisten behaupten, daß das Streikrecht bedroht sei, so stimme das nicht. Wenn es Möglichkeiten einer friedlichen Verständigung gebe, dürfe man nicht streiken. Die Konjunktur verschlechtere sich nicht, aber der Auslands- und Inlandsmarkt wird nicht ausnahmefähiger sein. Es gibt noch 700 000 untertätige Erwerbslose und auch nichtuntertätige Erwerbslose. (Er hat vergessen, hinzuzufügen, daß die Zahl der nichtuntertätigen Erwerbslosen 500 000 beträgt, von denen ein großer Teil deswegen keine Unterstützung erhält, weil der Reichsarbeitsminister Bissell von seinem Neß, die Krisenfürsorge zu erweitern, nicht Gebrauch gemacht hat. D. Red.) Zu den Angriffen gegen die Schreibweise des „Proletariats“ erklärt er, daß solange dieser seine jetzige Schreibweise beibehalten wird, solange die Kommunistische Partei sich mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen wird, fuhr fort: Wir wehren uns gegen die Versuche der Kommunisten, auf unsere Maßnahmen Einfluß auszuüben. Wir erkennen aber an, daß die kommunistischen Mitglieder mit großem organisatorischen Eifer sich innerhalb des Verbandes und der Werbung neuer Mitglieder betätigen. — Darauf verteidigt Brey die Wahlaufsätze für die SPD im Verbandsorgan. In den Betriebskassen der SPD, in denen zu allen Tagesfragen Stellung genommen wird, müsse man etwas Ähnliches entgegensetzen. Es sei nicht wahr, daß man aus dem Verbande wegen politischer Überzeugung ausgeschlossen werde. Gleichzeitig gibt er aber bekannt, daß von den 90 Ausschüssen seit 1926 die meisten deswegen erfolglos, weil die Betroffenen mit den Maßnahmen der Verbandsinstanzen nicht einverstanden waren und sich dagegen wandten. Auf dem Verbandstag soll scharfe Abrechnung mit den Kommunisten gehalten werden. An der Verlängerung der Arbeitszeit, teilweise bis 10 und 12 Stunden, sei der Verbandsvorstand nicht schuldig, weil die Verhältnisse stärker seien als er selbst.

Der übrige Teil der Ausführungen der Bergarbeiterführer war dem Kampf gegen die Kommunisten gewidmet, die nach ihrer Ansicht die „Störenfriede“ sind, das Aufsteigen des Verbandes behindern und ihre wirtschaftsfriedliche Politik zu durchkreuzen suchen. Mit blöden Bemerkungen, die selbst nur bei einem Teil der Delegierten Beifall finden, glauben sie, die kommunistischen Delegierten erledigen zu können.

Als von der Opposition zum ersten Punkt der Tagesordnung zwei Anträge eingereicht wurden, in denen ein klares

### Kampfprogramm

für die Bergarbeiter festgelegt und in denen gefordert wird, daß die Generalversammlung sich durch Annahme der Entschließung zum revolutionären Massenkampf bekennen müsse, wobei gleichzeitig hervorgehoben wird, daß nur die kommunistische Partei die Führerin dieses Kampfes sein kann, bricht ein Wutgeheul aus. Dufemanni erklärt, daß die Unterzeichner dieser Anträge eigentlich auf Grund der Gegener Beschlüsse reiflos aus dem Verbande entfernt werden müßten. Er will aber „noch einmal Gnade für Recht ergehen lassen“, betont aber, daß diese beiden Anträge, trotzdem sie die nach der Geschäftsordnung erforderliche Anzahl von Unterschriften tragen, weder veröffentlicht noch im Protokoll festgelegt (!) werden. In Wirklichkeit ist aber diese Haltung wohl darauf zurückzuführen, daß die Opposition trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche, die ja gerade auf die unerhörten Maßnahmen des Hauptverbandes bei der Wahl der Delegierten zurückzuführen ist, klar und unzweifelhaft in jeder Situation ihren Willen zum Ausdruck bringt. So geschah es auch in der Aussprache über die Referate.

Inbesondere kommunistische Delegierte aus dem Saargebiet wiesen nach, wie die Arbeitszeitpolitik des Hauptverbandes die Sabotage der Kämpfe für die Wiedereinführung der Siebenstundenschicht im Ruhrbergbau, den Unternehmern des Saargebietes geradezu ein Anreiz sei, die dort heute noch bestehende 7 1/2-Stunden-Schicht zu beibehalten. Sie erklärten im Namen der Opposition, daß sie trotz aller Angriffe seitens des Hauptverbandes in ihren Anstrengungen nicht erlahmen werden, aus dem Verband eine wirkliche Kampforganisation zu machen.

Die Tagung wurde am Dienstag fortgesetzt.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Breslau  
Telephon Nr. 36300  
Täglich 20 Uhr

**Gwelyne**

**Zurück Dr. Wallfisch**  
Facharzt für Haut-, Geschlechtskrankheiten, Strahl-, Diathermie.  
Fried.-Wilh.-Str. 6  
12-1 u. 4-7 Uhr

**Damen- und Herren- HÜTE**  
Teilzahlung  
O. Hauptfleisch, Ohlauer Str. 43  
Mein Geschäft befindet sich ab 1. Juli 1928 Lohstraße 11

**Möbel**  
Küchen, kompl. 7-tlg. von 80.- Mk. an  
Schränke, pol. 2-tlg. von 60.- Mk. an  
Ausziehtische. . . . von 38.- Mk. an  
Polierte Stühle. . . . von 5.50 Mk. an  
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer  
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Anlege-  
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel  
**Biener & Dührig**  
513 e und Möbel / en detail, en gros  
Mühlbühlstr. 107 u. Weidenbergweg 18-20

**3 Werbe-Tage**  
von  
Donnerstag, den 12.  
bis Sonnabend, 14. Juli  
jeder Käufer erhält an diesen Tagen trotz unserer billigen Preise beim Einkauf  
in Höhe von 3.- Mk.  
1 Pfd. Zucker gratis  
beim Einkauf  
in Höhe von 2.- Mk.  
1 Pfd. Vollreis gratis  
auf alle unsere Waren mit Ausnahme von Margarine, Brot, Semmel und Zucker.  
Benutzen Sie die Gelegenheit. Überzeugen Sie sich von der Güte unserer Waren und kaufen Sie

**Elektrische**  
Beleuchtungskörper, Heiz- und Koch-Apparate  
Installations-Materialien  
Licht- u. Kraft-Anlagen  
**Radio**  
Elektro-Montage-Ges.  
H. H. H.  
Görlitz, Berliner Straße 60  
Telephon 145

**Kurz-, Weiß-, Wollwaren**  
Erwin Neumann  
Breslau, Klosterstrasse 115 / 117

**Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung**  
Wäsche und Konfektion  
eigener Herstellung Gelegenheitsposten  
**S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10**

**Bei Wilhelm Vogel**  
kauft man  
Schuhwaren aller Art  
gut und preiswert  
Friedr.-Wilh.-Str. 66 Gräbischer Str. 19/21

**Gaststätte Alexander Wittig**  
Klosterstr. 85/87, Filiale Siebenhäse: er Str. 18

**Direkt aus der Fabrik**  
unser berühmter alter  
Breslauer 35% p. Ltr. M. 2.10  
Weinbrandverschnitt 2.80  
la 38% per Liter M. 2.80  
Simbeerjast per Ltr. M. 1.40  
1 Liter = 2, Pfund  
Blutroter Süßwein 1.25  
kräftig u. süß, per Ltr. M.  
Sämtliche Liköre und Weine zu unübertroffenen Preisen  
**Herzberg & Co.**  
Höfgenstraße 48, Blücherplatz 17/18,  
Mühlbühlstraße 3, Klosterstraße 64,  
Leinfelderstraße 10, Selenstraße 17

**Tassilo Krienke**  
Zigarren-pezialhaus  
Ritterplatz 10 Sierstr. 5,9

**nur in den Mühlenniederlagen**  
d. Waren-Vertr.- u. Eink.-GmbH.  
Bismarckstr. 37 Lohstr. 57  
Friedrichstr. 13 Mühlbühlstr. 113  
Gräbischer Str. 91 Schatzlager Str. 60  
Lohgrabenstr. 77 Tannenzstr. 198  
Weidenstr. 53/55, Ecke Leubstr.  
Versandabtlg.: Tel. 397 97

**Julius Dobschall, Görlitz**  
Steinstraße 11 Fernsprecher 1429  
Haus- und Toiletten-Seifen  
Parfümerien, Wachswaren, Stearin- und Paraffin-kerzen

**Ämtliche Bekanntmachungen von Dittersbach**  
Betrifft Wassergeld  
Durch Beschluß des Verbands-Ausschusses Zweverband Wasserwerks-Verwaltung Dittersbach-Ober-Waldenburg und mit Genehmigung des Kreis-Ausschusses Waldenburg wird der Preis für Trink- und Wirtschaftswasser ab 1. Juli 1928 auf 24 Reichspfennig pro Kubimeter festgesetzt.  
Dittersbach, den 9. Juli 1928  
Wasserwerks-Verwaltung  
Dittersbach-Ober-Waldenburg  
Geiler  
Verbandsvorsteher-Stellvertreter

Breslau

Brügelerei um Dr. Hahn-Brigen

Nach der letzten Versammlung der „Hausbesitzer-Großorganisation“ berichtet die bürgerliche Presse:

Unter der Ankündigung: „Bericht über die Generalversammlung der Bank für Haus- und Grundbesitz, e. G. m. b. H.“ und die Maßnahmen der Bankleitung gegen die Mitglieder der Großorganisation“ hatte letztere für den vergangenen Dienstagabend auf Verreiben ihres Vorsitzenden, Dr. Hahn-Brigen, eine Versammlung ihrer Anhänger nach dem St. Vinzenzhaus einberufen. Unter den etwa 600 anwesenden Besuchern befand sich jedoch nach der ausdrücklichen für die öffentliche Versammlung zugewilligten „freien Aussprache“ auch eine starke Opposition, Mitglieder und Anhänger der Bank sowie ehemalige Angehörige der Großorganisation, die dieser offenbar wegen ihrer Tätigkeit in der Organisation ablehnd gegenüber standen. Um den geradezu beschämenden Verlauf der Dienstag-Versammlung näher zu erklären, bedarf es der Erinnerung an jene am 28. Juni im großen Saal des St. Vinzenzhauses veranstaltete Hauptversammlung der Bank für Haus- und Grundbesitz, bei deren Anfang Dr. Hahn-Brigen und seine Anhänger wegen fortgesetzten ruhestörenden Lärms mit polizeilicher Hilfe aus dem Saal entfernt werden mußten.

Seitens des Vorstandes der Großorganisation mußte zu Beginn der Dienstag-Versammlung laut geschicklichen Beschlusses am Beginn der stürmischen Versammlung die einstweilige Verfügung der 12. Kammer bekanntgegeben werden, wonach unter Androhung einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten jede mündliche oder schriftliche Kritik an der Bilanz der Haus- und Grundbesitzerbank untersagt wurde. Dr. Hahn-Brigen als Vorsitzender verkündete, daß im Gegensatz zur Bank-Hauptversammlung man hier von polizeilichen Schutzmaßnahmen absehen wolle, da sich die Versammlung ja selbst zu helfen wissen werde. Die außerordentlich starke Opposition verhinderte oftmals den Redner am Weiterreden. Es sollte jedoch noch schöner kommen. Trotz Zusicherung freier Aussprache wurden gegenwärtige Wortmeldungen fast vollständig ignoriert und eine geradezu herausfordernd wertlose Rede getrieben von einer Minute (!) fortgesetzt. Aber auch dazu kam es in dem immer stärker werdenden Tumult nicht einmal. Als die Opposition den Antrag auf Schluß der Versammlung stellte, kam es gegen 9:30 Uhr zum Höhepunkt des Ständes. Am Saaleingang entwickelte sich zwischen Anhängern beider Parteien eine regelrechte Schlägerei, bei der es von beiden Seiten Faustschläge, Stockschläge und Fußtritte regnete. Der hilflos mit der Glocke läutende Vorsitzende verlangte nach dem Ueberfallkommando. Vier Polizeibeamte des nächsten Reviers brachten schließlich die Störenfriede aus dem Saal, den darauf die Opposition geschlossen verließ. Vor geschickten Reden seiner wenigen Getreuen sprach dann Dr. Hahn-Brigen noch bis gegen 11:45 Uhr. Man kam zu dem Beschluß, die letzte Generalversammlung der Bank anzusehen und ihren Vorstand aus der Großorganisation auszuscheiden.

Dr. Hahn-Brigen, dem jetzt auch seine bisher treuesten Anhänger in Scharen davonlaufen, ist also erledigt! Er stirbt nicht einmal in Schönheit. Mit Fußtritten, Faustschlägen und Stockschlägen endet die „große Bewegung“ zur „moralischen Erneuerung des deutschen Volkes!“ Vor Jahresfrist dichtete Hahn-Brigen ein Gedicht. Darin hieß es: „Mag die rote Welle toben, gegen dich, du Wirtstand.“ Die „rote Welle“ hat, wie aus obigem Bericht hervorgeht, nicht nötig, zu „toben“. Das besorgen sich die Hausbesitzer ganz allein. Und wenn damals der dichtende Hausbesitzer-Zahnarzt zum Schluß schrieb: „Müß im Glanze dieses Glanzes“, so schließen wir uns einem solchen Wunsche an. Der Hausbesitzerstand möge sich auf diese Art ruhig zu Tode „blühen“.

Wieder zwei Selbstmorde. In der Nähe des Zoologischen Gartens sprang ein etwa 30-jähriger Mann in die Oder und ertrank. Die Leiche wurde als die des Schneiders Rudolf Rieger aus Delitzsch identifiziert, der vor kurzem aus dem Krankenhaus entlassen worden war. — Weiterhin bing eine 24 Jahre alte Frau Selbstmord. Sie begab sich zu diesem Zwecke in die Wohnung ihrer Mutter und vergiftete sich in deren Abwesenheit mit Gas.

Pöblicher Tod. In den Anlagen am Königsplatz brach infolge Herzschlages der 60-jährige Freiseur Paul Schink tot zusammen.

Wieder ein Opfer der Oder. In der Nähe des Wappenhofes ging der dort badende 27-jährige kaufmännische Angestellte Paul Kronprinzstraße 11 moynhaft, plötzlich unter. Nach etwa zehn Minuten wurde er geborgen. Die Wiederbelebungsbemühungen blieben aber erfolglos.

Vor der Entbindung gestorben. Auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb die Ehefrau Maria F. von der Weistritzstraße. Sie sollte zu einer Entbindung nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft werden. Die Leiche wurde nach der Anatomie gebracht.

Arbeiterportiere werden bestohlen. In den Nächten vom Sonntag bis Dienstag ist die Ausleiherhalle der Freien Sportabteilung 1925 an den Döwiger Brückenhäuser von Einbrechern heimlich durchsucht worden. Fast sämtliche Gerätekasten wurden erbrochen. Es wurden entwendet: ein Schläuderball, ein Verbandskasten, ein Wandmaß und eine hölzerne Sparrast. Vor Anlauf dieser Gegenstände wird gewarnt. Etwasige Nachfragen über deren Verbleib erbittet Fritz Langner, Weissenburger Straße 19.

Die jüdische Hauptsteuerklasse und die Vollziehungsabteilung befinden sich vom 16. d. M. ab im ehemaligen Hotel Kiegner, Königsstraße 4.

Mittelschlesien

Raubmörder Walzer schießt wieder!

Der Raubmörder Walzer, den man trotz Verfolgung durch Polizeistreifen immer noch nicht fassen können, ist am Freitag in dem Gelände zwischen Jägerndorf und Gierdorf, Kreis Brieg, aufgetaucht. Dort hatte in der siebenten Abendstunde der Gastwirt Kados den Walzer erkannt, wurde von diesem angegriffen und wehrte sich mit dem Wehrstein. Schließlich ergriß Walzer die Flucht und senkte dabei wiederholt auf Kados. Ob die Schüsse trafen, steht noch nicht fest.

Gollschau. Achtung! Sonnabend 19 Uhr veranstaltet der Rote Frontkämpferbund einen Kameradschaftsausschuss im Gasthaus von Dzialb, bestehend aus Vorträgen und Tanz.

Brieg. Töblich überfahren. Der Tischler Bartosset fuhr mit seinem Kade auf der Breslauer Chaussee. Von einem nahenden Auto wurde er beim Abbiegen auf die andere Straßenseite mit seinem Fahrrad erfasst und zu Boden geschleudert, wobei er einen Schädelbruch erlitt. Er verstarb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

„Wohlfahrts“ direktor mit Browning und Dolch gegen Hilfesuchenden

Breslau, 12. Juli.

Wir hatten in der letzten Zeit oftmals Veranlassung, aus das empfindende Treiben eines Teiles sogenannter sozialistischer „Wohlfahrts“-pfleger“ hinzuweisen. Was sich aber am Dienstag einer dieser Herren erlaubt hat, übertrifft alles bisher Dagewesene und beweist, wie dringend notwendig eine sofortige gründliche Säuberung des „Ehrenbeamten“-Apparates der Stadt ist. Uns wird folgendes mitgeteilt und durch Zeugen bestätigt:

Am vorgestrigen Dienstag ging aus Veranlassung des Wohlfahrtsamtes der erwerbslose Arbeiter Schindler zu dem Wohlfahrtsdirektor Bauer, Sandstraße 5 wohnhaft.

Dieser Herr ist Möbelfabrikant und Inhaber des „Lehrer- und Beamten-Möbelhauses“, scheint also von persönlicher Not in seinem Leben noch nicht viel erfahren zu haben. Kaum hatte der Erwerbslose die Räume des Herrn Bauer betreten, und in höflicher Form seine Bitte nach Auszahlung eines vom Wohlfahrtsamt zugestandenen Vorschusses vorgebracht, als dieser ihn auch schon anbrüllte, „er solle in zehn Tagen wiederkommen und nachsehen, daß er rauskomme“. Natürlich ließ sich der in großer wirtschaftlicher Notlage befindliche Arbeiter nicht so leicht abfertigen und verbat sich das freche Auftreten des seltsamen Wohlfahrtsdirektors, worauf dieser plötzlich nach einem in der Nähe liegenden Browning griff, ihn in die Hand nahm und noch einmal brüllte: „Niss raus jetzt!“

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Behandlung auch den

Sanftmütigsten in Erregung versetzen kann. Der Erwerbslose protestierte deshalb noch einmal und verlangte eine vernünftige Auskunft, wann er seine Unterstützung bekommen werde. Bauer ging nunmehr in einen Nebenzimmer, angeblich, um die Polizei anzulocken, kam aber bald wieder zurück und

ergriff einen Dolch. Mit der Drohung: „Seht ihr es nicht egal, was passiert“,

stellte er sich dem Erwerbslosen entgegen. Diesem wurde die ganze Sache zu bumm, und er zwang den schließlichen Wohlfahrtsdirektor, den Dolch wegzulegen. Um vor dem Menschen sicher zu sein, nahm er dann den Dolch an sich. Diese, einen selbstverständlichen Akt der Notwehr darstellende Tatsache, ist vom dem Wohlfahrtsdirektor als Diebstahl ausgelegt und angeblich bereits zur Anzeige gebracht worden.

Soweit der Bericht. Es wird in Breslau immer schöner! Nicht nur, daß eventuelle Unterstellungen vollkommen ungenügend sind, sollen sich die Hilfesuchenden in Zukunft offenbar erst gegen schließende und stechende „Ehrenbeamte“ der Stadt erklären. Wir sind wirklich gespannt, was der Magistrat, der bisher zu allen unseren Angriffen gegen eine bestimmte Sorte seiner „Mitarbeiter“ geschwiegen hat, zu dieser Epigonalleistung eines Wohlfahrtsdirektors zu sagen hat.

Aus Breslauer Gerichtssälen

Die sozialistische Arbeiterbank und die sozialistische Bauhütte

Mu. Das Schöffengericht verhandelte vorgestern bis in die späten Abendstunden gegen den ehemaligen Sekretär der „Sozialistischen Arbeiter-Jugend“, Reinhold Zimmer, der angeklagt war, sich im Jahre 1921 durch falsche Vorspiegelungen in Form von gefälschten Dokumenten erst bei der Kommunalkbank für Schlesien 50.000 Mark und dann noch einmal bei der Bank der Arbeiter und Angestellten 65.000 Mark Kredit verschafft und darüber verfügt zu haben. Außerdem wurde ihm zur Last gelegt, eine mit diesen Manipulationen im Zusammenhang stehende Anfrage der Kommunalkbank an das Wohlfahrtsministerium in den Kanzleiräumen des Ministeriums verwendet zu haben. Die ganze Sache kam so:

Zimmer, der damals 24 Jahre alt war und in sozialdemokratischen Parteikreisen als ein Projektentwickler galt, kam durch den Bau des Striegauer Ferienheims der SAJ. in eine schwierige finanzielle Situation. Der Bau, dessen Ausführung man der sozialistischen „Bauhütte“ übertragen hatte, und dessen Kosten von dieser mit 30- bis 40.000 Mark veranschlagt waren, mußte vorübergehend stillgelegt werden, weil alle vorhandenen Mittel verausgabt waren.

Es sollte sich dann später zeigen, daß die eigenartigen „Fachleute“ von der „Bauhütte“ sich in einer ganz ungewöhnlichen Weise verhalten hatten, denn die Baukosten betrugen am Ende das Dreifache des Veranschlagtes, nämlich 128.000 Mark.

Da die „Bauhütte“ sehr energig wegen Geld drängte und ein großer Wechsel fällig war, mußte Zimmer nicht mehr aus noch ein. Vom preussischen Wohlfahrtsministerium war eine Zahlung von 15.000 Mark in Aussicht gestellt worden, deren Auszahlung indes von der Genehmigung des Staats abhängig gemacht war, so daß darüber noch Wochen vergehen konnten. In dieser Lage wandte sich Zimmer an die Kommunalkbank von Schlesien wegen Herausgabe eines Darlehens von 50.000 Mark, wobei er angab, daß das Ministerium diesen Betrag wieder abgeben werde. Natürlich hätte Zimmer diese enorme Summe niemals lediglich auf Grund seiner schönen Augen bekommen, und da er das wußte, sorgte er dafür, daß bei der Kommunalkbank diverse zustimmende Schreiben des „Ministeriums“ eingingen, die er persönlich anfertigte, mit einem gefälschten Stempel versehen und durch einen Bekannten in einen Berliner Postkasten werfen ließ; denn die Briefe mußten ja den Berliner Postkasten tragen, wenn sie keinen Verdacht erregen sollten. Nun, vielleicht war diese Vorsicht ganz unbegründet, denn der Kommunalkbank fiel es z. B. weiter gar nicht auf, daß die „ministeriellen“ Briefe mit gewöhnlichen Briefmarken, statt mit Dienstmarken, frankiert waren. Und wirklich bekam auch Zimmer die 50.000 Mark. Die Situation wurde erst dann wieder bedrohlich, als nach Ablauf der Frist die Kommunalkbank ihr Geld wiederhaben wollte. Um dieses Loch zuzustopfen, mußte Zimmer nun ein neues wieder aufmachen. Und so begab er sich beherzt zur Arbeiterbank, wo derselbe Kredit noch einmal wiederholt wurde, nur mit dem Unterschied, daß hier 65.000 Mark verlangt wurden, und daß hier nicht das „Ministerium“, sondern der „Landeshauptmann“ durch ein — natürlich gefälschtes — Befürwortungsschreiben alle Zweifel beim Geldgeber zerstreuen mußte. Von den 65.000 Mark bekam die Kommunalkbank ihre 50.000 Mark nebst 2000 Mark Zinsen zurück. Der Rest fand für andere Bauschulden Verwendung. Persönliche Vorteile hat Zimmer bei diesen enormen finanziellen Transaktionen nicht gehabt. Das unterstellte sowohl das Gericht, als auch der Staatsanwalt. Da die Kommunalkbank ihr Geld wiederbekommen hat, ist also lediglich die Bank der Arbeiter und Angestellten geschädigt. Interessant war, als auf die Darlegungen des Vorklärenden, daß es doch der weitaus gegebenen Weg gewesen wäre, die so-

zialdemokratische „Bauhütte“ wegen des Geldes zu verhaften, anstatt ein „so schmerzliches Verbrechen“ zu begehen, der Angeklagte antwortete, er wäre bei der „Bauhütte“ auf kein Verständnis gefaßt, so daß ihm nur der eine Weg blieb.

Der Staatsanwalt brachte unter Berücksichtigung mildernder Umstände ein Jahr Gefängnis zum Antrag. Das Gericht verurteilte um 20 Uhr folgendes Urteil: Der Angeklagte wird zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung von drei Monaten tritt eine Bewährungsfrist in Kraft.

Man kann ohne weiteres sagen, daß die Manipulationen Zimmers durch die sehr eigenartigen Geschäftspraktiken der „Bauhütte“ veranlaßt worden sind. Daneben trifft natürlich die sozialdemokratischen Parteinstanzen ein gestimmtes Maß von Schuld, denn es war doch unverantwortlich, Zimmer Blankovollmacht zu geben, ein derartiges enormes Projekt zur Durchführung zu bringen. Die SPD-Führer sind die eigentlichen Schuldigen, wenn die Arbeiterbank um die immerhin hohe Summe geschädigt wurde. Der Zeuge M. d. R. Mach war leider bei der Verhandlung nicht zugegen, weil er in Berlin für Nationalfeierabend und Panzerkreuzer wirksam sein muß. Er sollte bekunden, daß man Zimmer in der Partei immer als eine Art „Bhandakten“ betrachtet hat. Troßdem hielt man es nicht für notwendig, dessen Tätigkeit zu kontrollieren.

Der dumme und beschränkte Gemeindevorsteher

In dem Militärischen Kopfblat der „Volkswacht“ war im Jahre 1926 dem Gemeindevorsteher eines Ortes in der Nähe von Wittich der Vorwurf gemacht worden, daß er „dumm und beschränkt“ sei und deshalb für sein Amt nicht die nötige Qualifikation besitze. Durch diese Kennzeichnung läßt sich auf einen Wink der vorgelegten Behörde hin der Gemeindevorsteher in seiner Ehre getränkt und stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur Dars und den vermeintlichen Artikelschreiber Brasch. Reinhold Dars erschien zur Verhandlung in honestem braunem Bratenrod, der natürlich für die Anklagebank zu schade war, weshalb der Bestzer dieses stattlichen Kleidungsstückes erst auf der Zeugenbank und dann auf freundschaftlichen Zureden des Vorsitzenden hin am Verteidigerlich Platz nahm.

Die Beweisaufnahme ergab, daß der getränkte Gemeindevorsteher in seinem Herrscherbereich wie ein kleiner Mussolini schaltete und walkete. Den Erwerbslosen zahlte er keine Unterstützung, und wenn Rentenempänger ihm Vorklagen wegen Untorektheiten machten, drohte ihnen der selbstherrliche Vorposten mit Entzügen der Grundrente. Leider konnte man ihn an Gerichtsstelle nicht sehen, weil er sich inzwischen — erhängt hat. Er hatte nämlich einen 18-jährigen Jungen dazu angestiftet, eine Wähle anzuzünden, weil er sich mit dem Müller aus finanziellen Gründen verfeindet hatte.

Zwei volle Stunden dauerte die Verhandlung, die die Ehre des Brandstifters reparieren sollte. Zum Erstaunen der Zuhörer verurteilte das Gericht schließlich, daß die Sache wegen Verjährung eingestellt werden müsse. Der Staatsanwalt hatte 50 Mark Geldstrafe gegen Dars beantragt, während er bei dem Mitangeklagten auf Freispruch plädierte, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den Artikel geschrieben hat.

Die Verfassung ein „jüdischer Dreh“

Vor dem Schöffengericht stand gestern der „Schiffkutter“ Hans Kurch der inzwischen samt entschuldeten „Schlesischen Volksstimme“, des gewählten Organs der Breslauer Nazis, weil er in dem Vortage über die Republik einige Unfreundlichkeiten gesagt hatte. Es war in dem betreffenden Artikel die Rede von der durch „Lib. und Treubruch“ entstandenen Staatsform; außerdem wurde die Verfassung als ein „jüdischer Dreh“ bezeichnet. Für diese relativ schweren Beschimpfungen, wegen welchen Kommunisten auf Monate in Gefängnis kamen, wurde Kurch zu ganzen 70 Mark Geldstrafe verurteilt. Zufrieden mit Wort und der deutschen Justiz, verließ der västliche Obelisk, sich annehmsüßern der teutonischen Epigonaltraulend, den Gerichtssaal.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen:
Breslau:
— Stadtteil 4 (Süd), Zelle 1. Freitag 20 Uhr bei Jante, Friedrichstraße 41, Versammlung.
— Stadtteil Nord, Zellen 4 u. 5. Freitag 19:30 Uhr Zellenversammlung im Lokal Pupke, Koszupothstraße 14.
— Stadtteil Nordost. Freitag 20 Uhr Zelle 7 Mitgliederversammlung bei Köhner, Uferstraße.
— Stadtteil Zentrum. Freitag 19:30 Uhr im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, Stadtteilversammlung.
Freiburg. Sonnabend 19:30 Uhr im „Weißen Bar“ in Jrlan Gesamtmitgliederversammlung.
Nieder-Salzbrunn. Freitag 19:30 Uhr im „Zum Viehtrug“ kombinierte Mitgliederversammlung der Zellengruppe.
Kommunistische:
Breslau:
— Nord. Alles mit Beitrag und Mitgliedsbüchern Donnerstag 19:30 Uhr bei Kädiger, Trebnitzer Straße 66. Sonntag Ausflug.

- Roter Frontkämpfer-Bund:
Breslau:
— Donnerstag 19:30 Uhr Abteilungsführer-Sitzung im Sauburo.
— Abt. 2. Heute Donnerstag von 19-21 Uhr Musikabteilung bei Köhner, Uferstraße. Erscheinen aller, bringende Pflicht.
— Abt. 6. Spilleute, Donnerstag 19 Uhr bei Sauer, Leben!
Strehlen. Alle Kameraden und Genossen fahren Sonnabend zum Kameradschaftsabend nach Gollschau. Treffpunkt mit Rad 18 Uhr am Weitzplatz, mit Bahn 19 Uhr.
Waldenburg. Freitag Ausmarsch. Antreten 19 Uhr bei Kamerad Wagner, Schäffstr. 18. Sonnabend Sommernacht. Antreten ebenfalls 19 Uhr bei Kamerad Wagner.
Waldenburg. Donnerstag 20 Uhr Volkerversammlung im „Felsenkeller“. Auch die Jungfront erscheint.
Trennige Organisationen:
Breslau:
— Naturfreunde-Jugend. Donnerstag Tanzkreis in der Paulinen-Schule. Hohe Beteiligung zwecks Einübung von Tänzen für den DDR-Fest.

# Waldenburger Bergland

## Groß-Waldenburg

### Bergarbeiter, stellt Lohnforderungen!

Die Grubengesellschaften haben ihre Jahresberichte veröffentlicht und ihre Forderungen ausgestellt. Sie verlangen, daß es in Zukunft keinerlei Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung geben soll.

Bergarbeiter, antwortet auf diese provokatorische Forderung! Eure Löhne sind Hungerlöhne. Die Lohnherabsetzungen des letzten Jahres waren keine Lohnherabsetzungen. Sie sind durch die andauernd im Steigen begriffene Kopfleistung und die Preissteigerungen schon längst überholt. Sofortige ausreichende Lohnherabsetzung tut dringend not.

Die fortschreitende Mechanisierung des Bergbaues stellt an die Gesundheit der Arbeiter ungeheure Anforderungen. Die Zahl der Krankenschichten steigt von Monat zu Monat. Kein Tag vergeht ohne Unfall. Zur Bekämpfung der Unfälle und Krankheiten ist eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend notwendig.

Waldenburger Bergarbeiter, organisiert den Kampf für Verkürzung des Überarbeitszeitabkommens und für ausreichende Lohnherabsetzung!

## Schweidnitz

In der Talperre ertranken. In der Weiskristallperre verlor am Sonntagvormittag ein Nichtschwimmer. Seine Personalien konnte noch nicht festgestellt und auch die Leiche noch nicht geborgen werden. — Nachmittags verlor eine Dame aus Schweidnitz, eine gute Schwimmerin, infolge eines Schwächeanfalls in den Fluten. Der Handelsvertreter Philippberg aus Waldenburg rettete die Untergegangene. Wiederbelebungsversuche waren erfolgreich.

## Jauer

### Aus dem Stadtparlament

Skandal um die Lehrer Unglaube und Tschäpe Inzerat einer Bedürfnisanstalt wegen

Nach längerer Pause wurden die Stadtverordneten am Montag wieder einmal zu einer Sitzung geladen. Unter geschäftlichen Mitteilungen wurde ein von den Kommunisten eingebrachter Antrag bekanntgegeben (den Wortlaut werden wir morgen veröffentlichen), welcher sich mit der trostlosen Lage der langfristigen und ausgesetzten Erwerbslosen beschäftigt und ausreichende Unterstützung sowie Arbeitsbeschaffung durch die Stadt fordert. Da der Antrag ebenfalls an den Magistrat gerichtet und von diesem mit der Motivierung abgelehnt wurde, daß Wohlfahrtsamt würde Anträge einzeln, sich in äußerster Not befindlicher Erwerbsloser prüfen, und, soweit nicht eigenes Verschulden (!) vorliege, berücksichtigen, wandte sich Genosse Rielke gegen die Praktiken im Wohlfahrtsamt. Wie die Arbeiter, welche sich zwecks Gewährung einer Unterstützung an das Wohlfahrtsamt wenden, von dem Sekretär Menzel behandelt werden, spottet jeder Beschreibung. Aus der Tagesordnung seien folgende Punkte erwähnt: Dem Anschluß der beiden neuen Siedlungshäuser an die Gas- und Wasserleitung wird zugestimmt. Das Jungfrauenloster, in dem sich einige Klassen der katholischen Schule sowie die städtische Kefehalle befinden, ist zur Hälfte abgeputzt worden. Um auch die andere Front anschließend abzuräumen, werden 8000 Mark bewilligt. — Da der Stromverbrauch bei elektrischen Klingeln infolge des geringen Verbrauchs nicht gemessen werden kann, fordert ein Magistratsantrag die Erhebung von monatlich einer Kilowattstunde. Der Antrag wird trotz lebhaften Widerspruch der Interessenten angenommen. Das überaus schlechte Pflaster der Bismarckstraße soll

durch Kleinpflaster erster Klasse ersetzt werden. Da es sich um eine Zugangsstraße handelt, tragen Preis und Provinz die Kosten der Kleinpflasterung. Die Stadt hat nur die Kosten für Bürgersteig, Bordsteine usw. in Höhe von 7000 Mark zu tragen. Der Ratzeiler soll eine eigene Abortanlage erhalten. Die Kosten betragen rund 3000 Mark. Der Staatsauschuß empfiehlt Annahme mit der Maßgabe, daß die bisherige Anlage als öffentliche Bedürfnisanstalt aufrecht erhalten bleibt. Da die Anlage schon bisher der Öffentlichkeit zur Verfügung stand, nur daß kein Mensch davon wußte oder von der Existenz derselben keine Ahnung hatte, wird empfohlen, durch eine Tafel auf diesen verschwiegenen Ort hinzuweisen. Da im Vorjahre die Kleinpflasterung der Vollenhainer, König- und Steinstraße sowie Umplasterung der Weber-, Polko- und Hospitalstraße beschlossen wurde, bisher aber nur die Kleinpflasterung der Steinstraße zur Ausführung gekommen ist, soll nun die Königstraße in Angriff genommen werden. Die Pflasterung der übrigen Straßen soll im Februar 1929 ausgeschreiben und im zeitigen Frühjahr damit begonnen werden. In der Vollenhainer Straße macht sich der Bau einer neuen Brücke über den Mühlgraben notwendig. Der Kreisriegerverband, der zur Pflege der Kriegergräber durch die Stadt Jauer laufend 200 Mark jährlich erhält, brachstichtig, die Reste der Toten in je einem Grab des katholischen und evangelischen Friedhofs zu sammeln und mit einem Denkmal zu versehen, und fordert von der Stadt einen Zuschuß von 2200 Mark, wodurch dann allerdings die laufenden Unterstütungen in Wegfall kämen. Genosse Rielke erklärt, daß die Toten am besten dadurch geehrt werden, daß man die Hinterbliebenen besser als bisher unterstützt. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt. Nachdem noch eine veraltete Baufluchtlinie aufgehoben ist, nimmt Genosse Rielke zu dem Landläden Verhalten der Lehrer Unglaube und Tschäpe Stellung. Unglaube, der Vorsitzender der Deutschen Volkspartei ist, sucht wahrscheinlich unter den Kindern Anhänger für seine Partei zu gewinnen. Sein Kommunismuskenntnis keine Grenzen. Bei einer Gelegenheit erklärte er den Kindern: Kommunisten sind keine Deutsche, das ist ein wilder Stamm! Nicht besser ist sein Kollege Tschäpe. Dieser sagte während des Unterrichts: „Das Bogtland ist das Land, wo der Häuberschauptmann Poelz gehäuft hat!“ Bürgermeister Ebert war die Sache, vielleicht nur darum, daß sie in die Öffentlichkeit getragen wurde, peinlich. Er erklärte, daß der Magistrat keine Aufsichtsbehörde über die Schulen sei. Die genannten Fälle sollen der Schuldeputation unterbreitet werden. Was bei der heutigen Zusammensetzung der Schuldeputation dabei herauskäme, kann sich jeder denken. Wir fordern von der Regierung, daß sie zu diesem Skandal Stellung nimmt und die beiden Lehrer zur Verantwortung zieht.

**Tascherlei.** Bei dem Brandunglück, das den Stellenbesitzer Reinhold Schwarzer in Poischwitz betraf, taten sich die Steinarbeiter Groß und Schwarzer sowie der Wirtschaftler Elsner in vorbildlicher Weise hervor. Mit schweren Brandwunden liegen die drei Waderen im Kreiskrankenhaus danieder.

## Landeshut

Eine Autofahrt ins Schieferetal wird die hiesige Ortsgruppe der Internationalen Arbeiterhilfe am 5. August unternehmen. Abfahrt früh 7 Uhr von der „Sonne“ in Richtung Schwarzwaldbau, Rothensbad, Gottesberg, Jellhammer, Waldenburg, Reupendorf, Charlottenbrunn, Hausdorf, Kynau, dortselbst Besichtigung der Kynsburg, von hier nach Breitenhain, Besichtigung der Talperre, in der „Goldenen Waldmühle“ Mittagsrast, von hier über Ober-Weiskritz, Schweidnitz, Freiburg, Alt-Reichenau, Siesmannsdorf zurück. Fahrgehalt beträgt hierfür circa 2,50 Mark pro Person und muß spätestens Sonnabend, den 28. Juli, entrichtet sein. Wer mitfahren will, melde dies umgehend den Unterleitern oder dem Vorsitzenden Genossen Pöhsel, Schießhausstraße 17.

# Niederschlesien

## Görlitz

Die „Schöne“ Reize. Uns wird geschrieben: Bereits im vorigen Jahre haben wir an dieser Stelle auf die Beschaffenheit der „schönen“ Reize und ihres ebenjochigen „Freibades“ hingewiesen. Wenn zurzeit an der Reichenberger Brücke eine Baggermaschine steht und das Abteil für Schwimmer etwas vertieft wurde (sonst aber leider alles beim alten blieb), so ist die Besserung aus unseren Hinweisen erfolgt. Daß Görlitz immer mehr schöne Parkanlagen erhält, ist nur zu begrüßen. Wenn aber werden die Stadtväter endlich einmal begreifen, daß die dreizehnlängigen Reize in eine laubere umgewandelt werden muß? Ist diesen Herren nicht begrifflich zu machen, daß durch eine großzügige Ausbaggerung der Reize die Gefahren für die Bewohner eingedämmt werden könnten? Von Rosettaendorf an bis hinter den Bleichen erscheint eine Schlammrinne nach der andern. Als in der vorigen Woche ein Wasserportverein auf der Unterseite eine Veranstaltung gab, mußten die Schwimmer durch diesen Morast hindurchlaufen. Aber auch einen weiteren wesentlichen Gewinn würde eine solche Ausbaggerung noch haben. Sehr oft können wir „Hochwasser“ melden. Ist das ein Wunder, wenn ein solches flaches Reizebassin vorhanden ist? Es scheint, daß der Magistrat lieber überflüssig bleibt. Er braucht ja den Gehalt des laulenden Erdreichs nicht zu schmeckern, die Proleten wohnen ja nur in dieser Gegend. Hoffentlich tragen diese Zeilen mit dazu bei, daß in den Gehirnen der Stadtväter Einsicht einkehrt. — Zeit wäre es bestimmt! — Zum Schluß noch eine Frage: Wird in diesem Jahre die Baggermaschine an der Reichenberger Brücke nochmals in Tätigkeit gesetzt? Seit über einer Woche steht sie im Schlamm, der auf Abholung wartet.

**Note Helfer heraus!** Am 21. und 22. Juli veranstaltete der KZV in Görlitz ein Rotes Treffen. Es werden viele auswärtige KZV-Kameraden schon am Sonntag einreisen. Um diese unterzubringen, benötigt die veranstaltende Görlitzer Ortsgruppe des KZV viele Privatquartiere. Die Rote Hilfe, als sympathisierende Organisation, fordert hierdurch alle Rotes Helfer auf, sich aktiv an dem Sammeln von Quartieren sowie Freitischstellen zu beteiligen. Gesammelte Quartiere sind in der Geschäftsstelle der „Arbeiter-Zeitung“, Lützow 6, abzugeben. Auf, an die Arbeit, zeigt, daß die Rote Hilfe aktiv zu wirken versteht!

## Leubus

**Gegen einen Baum gefahren.** In Langenöls fuhr beim Rückweg der Arbeiter Eyeman mit einem neuen Motorrad gegen einen Baum. Er erlitt erhebliche Verletzungen, während sein Sohnfahrer, der Gutсарbeiter Erich Mattes, eine schwere Gehirnerschütterung davontrug.

**Wagengraben.** Auf der Straße Rohlfurt-Pausenriet in Wagon mit Lokom in Brand.

## Sagan

An der Schul-Milch soll verdient werden. In der hiesigen Volksschule wird an die Schulkinder Milch verabfolgt; das Glas zu 9 Pfennigen, für Rinderbrennstelle zum halben Preis. Das Glas enthält 1/2 Liter, somit würde der Liter Milch 36 Pfennige kosten, was entschädigen zu hoch ist. Man sollte doch hier in Betracht ziehen, daß diese Milch zur oft zitierten „Volksgesundheit“ beitragen soll. Deshalb macht es sich notwendig, die Milch so billig wie möglich abzugeben. Wie wir erfahren, liefert diese Milch Kollereibehälter Konrat allein. Warum läßt man die übrigen Milchhändler nicht zu? Diese würden die Milch billiger abgeben.

Wir erinnern den Magistrat nochmals an die baldige Anlegung eines Drahtzaunes vom Herzoglichen bis zum Moos-Löw-Beerschen Grundstück längs des Mühlengrabens, um die Kinder, die den dahinter gelegenen Spielplatz benutzen, vor Unglück zu bewahren.

## Bunzlau

Wenn die Polizeistunde eintritt... Der Gastwirt Heberschär wurde angezeigt, weil er in der Nacht zum 25. Januar 20 Minuten nach Eintritt der Polizeistunde Gäste in seinem Lokal gehalten habe. Das Amtsgericht Bunzlau sprach ihn frei. In der Begründung wurde ausgeführt, daß es den Gästen erlaubt sein muß, nach Eintritt der Polizeistunde den Rest ihrer Speisen und Getränke zu verzehren. Daher sei eine gewisse Karenzzeit zu gewähren, die in dem vorliegenden Falle nicht überschritten worden sei. Gegen dieses freisprechende Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. In der Reuerverhandlung vor der Kleinen Strafkammer wurde die Berufung der Staatsanwaltschaft verworfen und die Kosten der Verteidigung des Angeklagten der Staatskasse aufgelegt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß den Gästen jeweils nach Ortsgebrauch und Ortssitte eine Karenzzeit zu gewähren ist. In Bunzlau beträgt diese Karenzzeit nach einer Anweisung des Ersten Bürgermeisters eine halbe Stunde.

## Haynau

**Entlassungen von Zeithilfsarbeitern an der Eisenbahnstrecke Goldberg-Haynau.** Vor kurzer Zeit wurden acht Zeithilfsarbeiter entlassen, die an der Strecke Goldberg-Haynau beschäftigt waren, sechs davon angeblich wegen Arbeitsmangel. Der eigentliche Grund war aber nicht Arbeitsmangel, sondern der, daß die sechs Arbeiter die angeordnete Arbeit, die man von ihnen verlangte, nicht leisten konnten. Anstatt acht Stunden arbeiteten man hier neun Stunden am Tage. Die zwei anderen Arbeiter entließ man, weil sie in Wortwechsel mit dem Kottenführer Knoll und dem Hilfskottenführer Renede geraten waren. Die Hezerei dieser beiden Kottenführer ist geradezu unerhört. Der größte Teil der dort beschäftigten Arbeiter ist gewerkschaftlich unorganisiert und deshalb herrscht große Unzufriedenheit unter den Arbeitern. Daher schlechte Arbeits- und Lohn-

bedingungen. Arbeitskollegen auf der Bahnstrecke Goldberg-Haynau! Organisiert euch in der freien Gewerkschaft, tretet ein in die kommunistische Partei und kämpft mit uns für den Achtstundentag, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen!

## Liegnitz

Eine gefälschte Gerichtsurlaube. Der Kaufmann Erwin Penka in Liegnitz, der noch nicht 21 Jahre alt ist, hatte eine Freundin, die 21jährige Maria Stellmacher aus Breslau. Diese Freundin hatte vom 7. Oktober bis 6. Dezember 1927 in Liegnitz gewohnt und war dann mit ihrem Freund nach Berlin gegangen, 10 Mark Restmiete schuldig bleibend. In den Händen der Wirtin war ein Koffer und ein Reiseführer mit Kleibern und Wäsche gefüllt. Maria benötigte die Sachen dringend, die Wirtin aber gab sie nicht heraus. Da versel der Freund des Mädchens auf eine seltsame Methode, um auf die Wirtin einzuwirken. Er versuchte eine Art einseitige Verfügung in Form eines Gerichtsurteils. Er nannte dieses Schriftstück „Urteilssessionbeschluss“, zeichnete es mit Amtsgericht Berlin-Mitte, versah es mit Stempeln, Siegeln und Unterschriften. In diesem „Urteil“ verlangte er Herausgabe der seiner Freundin gehörigen Sachen und versprach gleichzeitig die Zahlung des Restbetrages der Miete. Mit dieser Waffe erschien er bei der Hausfrau. Tief erschrocken gab sie sofort die Sachen heraus. P. verschwand; bezahlt wurden nur noch 5.— Mark. Wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde erhielt P. nur 14 Tage Gefängnis; erlittene Untersuchungshaft wird angerechnet. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt.

## Aus dem Riesengebirge

### Stadtverordnetenversammlung in Hirschberg aufgeklagen

Die letzte Stadtverordnetenversammlung befaßte sich mit 32 Punkten. Für die Anschaffung von zwei neuen Glocken der evangelischen Kirchengemeinde Mämalba sollten 100 Mark bewilligt werden. Die kommunistische Fraktion lehnte diese Vorlage ab. Sie erklärte, die Glocken sollten von denen bezahlt werden, die sie damals zu Kriegsmaterial verwandt haben. Bei Stimmenthaltung (1) der SPD wurde die Vorlage durch den Bürgerklub angenommen. — In Verbindung mit der 100 000-Mark-Anleihe zum Ausbau der Straßen beantragte die kommunistische Fraktion, daß die Verbindungsstraße über den Mühlgraben zwischen Straußhiser und Japsenstraße, an der Eisenbahnunterführung, vergrößert wird. Den Anforderungen des starken Verkehrs genügt diese Brücke nicht mehr. Stadtbaurat Laake sagte das zu. — Zu der Vorlage: Verkauf des ehemaligen Volks-Brausebades, Unter-Promenade, zum Ausbau von Wohnungen, erinnerte die kommunistische Fraktion an den vor Jahresfrist gestellten Antrag, das Brausebad anzukaufen, um es dem früheren Zweck wieder zuzuführen. Sie hielt diesen Antrag aufrecht, weil für die Arbeiterstadt von Hirschberg zu wenig billige Baugelegenheiten vorhanden seien. Der Bürgerklub sowie die SPD stimmten aber dem Magistratsantrag zu. Frau Lüdersdorf (Dnt.) versuchte, den Kommunisten einen Fies zu versetzen, indem sie behauptete, daß wir gegen den Wohnungsbau wären, machte sich aber lächerlich, da unsere Genossen in der Begründung ausdrücklich bemerkten, daß der Wohnungsbau trotz dieser Vorlage nicht eingeschränkt werden dürfe.

Eine längere Debatte verursachte dann die Bewilligung einer Kinderzulage an den Oberlehrer Engel. Diese Vorlage war schon in einer früheren Sitzung abgelehnt worden, weil keine Bedürftigkeit vorhanden war. Der Bezirksauschuß Liegnitz, an den sich Engel gewandt hatte, stellte sich aber auf dem Standpunkt, diese Beihilfe müsse bewilligt werden. Die Vorlage wurde aber diesmal geschlossen abgelehnt. — Angenommen wurde dann die Bewilligung einer Kinderzulage für den Elektrizitäts-Hilfsarbeiter Scholz. Die kommunistische Fraktion führte den Nachweis, daß hier die Bedürftigkeit vorliege. — Unter Nachträgen brachte der Magistrat eine Dringlichkeitsvorlage, wonach dem Reichswehrstützpunkt zum Bau eines Reitplatzes 2848 Quadratmeter Land kostenlos übereignet werden sollen. Dieses Gelände ist laut Beschluß einer früheren Sitzung angekauft worden! Die kommunistische Fraktion stimmte damals mit der ausdrücklichen Begründung zu, dieses Gelände zu Siedlungszwecken zu verwenden. Trotzdem wurde es gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten dem Reichswehrstützpunkt überlassen.

In einer der letzten Sitzungen wurde eine Kommission gebildet, die sich mit den Mißständen im Krankenhaus zu befassen hatte. Stadtverordneter Baierdorf (Dnt.) gab den Bericht. Seine Ausführungen waren derartig zurückhaltend, daß man daraus ersehen konnte, daß es in der Krankenhausverwaltung ziemlich stark stinkt. Unsere Genossen verlangten, daß die Summe genannt werden sollte, um welche die Stadt geschädigt worden ist, und forderten weiter die Bestrafung der Schuldigen. Stadtrat Karger erklärte, daß diese Mißstände durch den Abbau eines früheren Beamten und die Überlastung der jetzigen Angestellten hervorgerufen worden sind. Die Belege über die Rechnungen und dergleichen sollen angeblich restlos verschwunden sein. Stadtrat Dr. Müller ging sogar soweit, zu erklären, daß man niemandem mehr verantwortlich machen könne! Der Angestellte, der seines Postens enthoben wurde, ist nunmehr bei der Polizeiverwaltung beschäftigt. Stadtverordneter Langer SPD. (Auch-Arbeitervertreter) nahm den Angeklagten gegen die Ausführungen der kommunistischen Fraktion in Schutz. Die kommunistische Fraktion empfahl ihm, als Vorsitzenden des Arbeitsnachweises, diese Miße auch einmal Arbeitern zuzumuten zu lassen. Aus allen Ausführungen der einzelnen Magistratsmitglieder war zu entnehmen, daß diese Angelegenheit verurteilt werden soll. Für die Kommunisten ist in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Der Grund des späteren Aufstieges der Sitzung war das alte Gymnasium. Die Kirchengemeinde hat auf das in Frage kommende Gelände einen angeblichen Rechtsanspruch geltend gemacht. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Blahö wollte nun beweisen, daß sich die Kirchengemeinde „zugunsten“ der Stadt Hirschberg eingestellt habe, und darum müsse schnellstens ein neuer Vertrag geschlossen werden. Oberbürgermeister Dr. Riedel forberte geschäftsmäßige Erledigung. Er bezeugte es als Mann über und erklärte, daß der Magistrat nicht nötig habe, in eine neue Verhandlung einzutreten, weil der alte Vertrag bestünde. Da die Auseinandersetzung immer schärfere Formen annahm, pläzte die Versammlung vorzeitig, indem die Kommunisten, die SPD und einige Bürgerliche den Sitzungssaal verließen und damit Beschlusfähigkeit herbeiführten.

**Autofahrt.** Am vergangenen Sonntag fuhr der Arbeiter-Radfahrer-Verein Bärensdorf geschlossen zum Bezirksfest nach Zillertal i. Hg. Als die Radfahrer die Driftschiff Dürri passierten, kam von Hirschberg ein Personenauto. In dem Moment, als der Verein neben dem von Hirschberg kommenden Auto vorbeifuhr, raste aus der entgegengesetzten Richtung ein Auto heran und fuhr an dem Genossen Jahn aus Reudorf so scharf vorbei, daß dieser mit dem Lenker am Wagen hängen blieb. Dadurch, daß er geistesgegenwärtig sich mit der Hand am Auto festhielt, konnte er verhindern, daß er zu Boden gerissen wurde. Das Auto fuhr, ohne zu halten, weiter. Seine Erkennungsnummer konnte festgestellt werden.